



Internationaler Metallgewerkschaftsbund

IMB-Aktionsprogramm

2005-2009

*vom 31. IMB-Weltkongress in Wien, Österreich,
22.-26. Mai 2005, gutgeheissen*

Inhaltsverzeichnis

VORWORT	1
1. WIRTSCHAFTLICHER UND SOZIALER HINTERGRUND	3
1.1 Eine deregulierte Weltwirtschaft	3
1.2 Das Elend der Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung.....	5
1.3 Veränderung des politischen Klimas	6
1.4 Arbeitnehmer- und Menschenrechte	7
1.5 Nachhaltiges Wachstum und nachhaltige Entwicklung.....	8
1.6 Finanzspekulationen.....	9
1.7 Krise des Welthandelssystems	10
1.8 Dramatische Veränderungen bei der Fertigung	12
1.9 Entstehung sozialer Bündnisse	14
2. AUFGABE DES IMB	15
3. IMB-AKTIONSPROGRAMM	17
3.1 Globale Strukturen zur Annahme der globalen Herausforderungen	17
3.1.1 Internationale Gewerkschaftsorganisationen	17
3.1.2 IMB-Landesausschüsse.....	18
3.1.3 Informationsnetzwerk.....	19
3.1.4 Das IMB-Kommunikationssystem	19
3.2 Strategien zur Einbindung von transnationalen Unternehmen.....	20
3.2.1 Aufbau und Verstärkung der Bindungen entlang der Produktionsketten der transnationalen Unternehmen.....	20
3.2.2 Internationale Rahmenvereinbarungen	22
3.2.3 Sonstige Mechanismen zur Einbindung von transnationalen Unternehmen	23
3.3 Solidarität und Organisierung	24
3.3.1 Tarifverhandlungen	24
3.3.2 Gewerkschaftsaufbau und Bildungsarbeit.....	25
3.3.2.1 Aufbau starker Gewerkschaften.....	25
3.3.2.2 Schulung von Mitgliedern	25
3.3.2.3 Gewerkschaften, die unterstützt werden können	25
3.3.2.4 Projekte, die unterstützt werden können	26
3.3.2.5 Neue Arbeitsformen	27

3.3.3	Gleiche Rechte	27
3.3.4	Das Recht auf sichere Arbeitsbedingungen.....	28
3.3.5	Internationale Solidarität.....	30
3.3.6	Organisierung der Nichtorganisierten	31
3.4	Eine soziale Dimension der wirtschaftlichen Globalisierung.....	33
3.4.1	Arbeitnehmergrundrechte	33
3.4.2	Eine neue internationale Architektur.....	34
3.4.3	Wirtschafts-, Finanz- und Handelspolitik zum Wohle der Menschen weltweit	36

VORWORT

Dieses Grundsatzpapier baut auf dem vom IMB-Kongress in Sydney 2001 angenommenen Aktionsprogramm auf und ist der Fahrplan des IMB für die nächsten vier Jahre. Es ist das Ergebnis eines einjährigen Prozesses, der Anfang 2003 begann und an dem Vertreter und Vertreterinnen von IMB-Mitgliedsgewerkschaften aus Afrika, Asien, Europa, Nord- und Südamerika beteiligt waren.

Der Ausschuss für das Aktionsprogramm ist 2004 und 2005 viermal zusammengetreten. Die Mitglieder des Ausschusses haben als erstes die Umsetzung des gegenwärtigen Programms geprüft und die Notwendigkeit bekräftigt, konkrete und erreichbare Ziele zu setzen. Auf der Grundlage dieser Prüfung haben sie erörtert, welche Anpassungen der Grundsatzpolitik vorgenommen und welche Prioritäten angesichts der Veränderungen des wirtschaftlichen und sozialen Umfelds festgelegt werden sollten. Besonders betont wurde dabei die Notwendigkeit, das Zusammenspiel und die Verbindungen zwischen den lokalen, nationalen, regionalen und internationalen Ebenen zu verbessern, damit diese einander ergänzen und unterstützen können.

Dieses Papier besteht aus drei Teilen:

Erstens einer Analyse der Auswirkungen der gegenwärtigen Folgen der Globalisierung auf die nationalen Regierungen, die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und die Arbeitswelt, wobei die wichtigsten wirtschaftlichen Entwicklungen und größten Probleme, mit denen wir konfrontiert sind, herausgestellt werden.

Zweitens einer Darlegung der Aufgabe des IMB, in der die Grundwerte und -prinzipien niedergelegt sind, die die Grundlage unseres Handelns bilden müssen.

Drittens Strategien und konkreten Vorschlägen für Aktionen, die der IMB und seine Mitgliedsorganisationen auf verschiedenen Ebenen unternehmen müssen, um sich den Mächten des globalen Kapitals wirksam entgegenzustellen, damit die Globalisierung zum Wohle aller Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen genutzt wird.

Zur Erreichung der im Aktionsprogramm gesetzten Ziele ist das volle Engagement und der ganze Einsatz der IMB-Mitgliedsorganisationen wesentlich. Das IMB-Sekretariat einschließlich der Regional- und Projektbüros kann nur in dem Maße aktiv werden, in dem die Mitgliedsorganisationen bereit sind, unser Ziel einer gerechten und nachhaltigen Entwicklung und der weltweiten Durchsetzung der Arbeitnehmerrechte voranzubringen und das Netzwerk der internationalen Solidarität zu stärken, die mehr denn je notwendig ist.

Der IMB wird sich mit der aktiven Hilfe und Unterstützung der Mitgliedsorganisationen für die Erreichung der Ziele dieses Aktionsprogramms einsetzen, das bis zum nächsten Kongress allen Mitgliedsorganisationen als Leitfaden und grundlegendes Papier für ihr Handeln dienen wird.

1. WIRTSCHAFTLICHER UND SOZIALER HINTERGRUND

1.1 Eine deregulierte Weltwirtschaft

Die wirtschaftliche Globalisierung ist nach wie vor die größte Herausforderung, vor der die Gewerkschaftsbewegung weltweit steht. Ihre Auswirkungen sind weit reichend und beeinflussen die Wirtschaft, die Politik und die Entwicklung in allen Ländern der Welt.

Viele Arbeitgeber und Regierungen sind entschlossen, einen Kapitalismus ohne jegliche soziale Kontrolle oder Regeln an allen Enden der Welt zu schaffen. Im Namen der Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit, in Wirklichkeit aber, um eine umfassende Kontrolle der Unternehmen über die wirtschaftlichen Aktivitäten zu erreichen, werden Gesetze zum Schutz der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, der Verbraucher und Verbraucherinnen und der Umwelt nicht nur abgeschafft, sondern auch umgangen, um den Marktkräften zu ermöglichen, die globale Wirtschaft ungeachtet der inzwischen deutlich gewordenen wirtschaftlichen und sozialen Folgen zu beherrschen.

Traditionell waren die Gewerkschaften am stärksten in den Fertigungssektoren der Industrieländer vertreten. Doch diese Kernländer werden von der Globalisierung des Kapitals schwer getroffen, und viele Regionen sind mit Entindustrialisierung und damit einhergehenden Arbeitsplatzverlusten und Verarmung konfrontiert. In den letzten zehn Jahren ist es zu einer rasch zunehmenden Verlagerung von Fertigungsprozessen in eine Reihe von Entwicklungsländern gekommen, in denen es häufig nur eine sehr geringe gewerkschaftliche Organisation, keine demokratischen oder überhaupt keine Gewerkschaften gibt. Von diesen Entwicklungen sind nicht nur Arbeitsplätze betroffen, die geringe Qualifikationen erfordern, sondern zunehmend auch gut bezahlte, hohe Qualifikationen erfordern Tätigkeiten. Die Logik der Kostensenkung macht keinen Unterschied mehr zwischen Arbeitern und Angestellten.

Auf der anderen Seite sind große Teile der globalen Wirtschaft nach wie vor unentwickelt, was zum Exodus Tausender von Wanderarbeitern und Wanderarbeitnehmerinnen aller Bildungstufen in die Industrieländer führt.

Zwar stehen teilweise Kapitalbewegungen hinter der Umstrukturierung der fortgeschrittenen Volkswirtschaften, doch ist auch klar, dass ausländische Direktinvestitionen ein Teil der Lösung des Problems der wirtschaftlichen Unterentwicklung sein müssen. Produktivinvestitionen können ein Motor für die Förderung des Wirtschaftswachstums und des technischen Fortschritts

sein. Sie wirken sich auf das Beschäftigungsniveau aus und können auch zu einer Erhöhung des Lebensstandards mit wiederum positiven Auswirkungen auf die einheimischen Volkswirtschaften führen. Die Globalisierung könnte zum Vorteil der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen weltweit sein und die Aussichten auf sozialen Fortschritt und nachhaltige Entwicklung verbessern. Doch die Verheißungen der Globalisierung werden sich nicht dadurch erfüllen, dass die Deregulierung weiter vorangetrieben wird. Die wachsenden Ungleichheiten in der globalen Wirtschaft zwischen und innerhalb der einzelnen Länder zeigen, dass Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und ihre Gemeinschaften, und insbesondere diejenigen, die eine industrielle Entwicklung am dringendsten benötigen, keinen gerechten Anteil an dem von ihnen mitgeschaffenen Wohlstand erhalten.

Die Globalisierung wird zum Teil durch die rasanten Entwicklungen der Informations- und Kommunikationstechnologie vorangetrieben. Das Internet, die elektronische Kommunikation und die ständige Weiterentwicklung von Informationstechnologiesystemen erleichtern die Organisation und Steuerung der wirtschaftlichen Aktivitäten in globalem Umfang. Die Veränderungen in der Auslagerungspolitik der Unternehmen, die inzwischen auch Angestellte und Arbeitsplätze im High-Tech-Bereich betrifft, sind ein Beweis für diesen Trend. Die Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) löst die Grenzen von Zeit und Raum auf und stellt für die Gewerkschaftsbewegung besondere Herausforderungen dar.

Im Rahmen der Deregulierung suchen transnationale Unternehmen ständig nach Möglichkeiten, die Produktionskosten zu senken, um ihren Aktionären eine höhere Rendite zu erwirtschaften, wobei die sozialen und wirtschaftlichen Interessen und die Arbeitsplatzsicherheit der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen wenig Beachtung finden. Finanzskandale im Zusammenhang mit weit verbreiteten Missständen in Unternehmen haben zu diesem Bild beigetragen, wodurch produktive Ressourcen umgelenkt und zerstört und das wirtschaftliche Umfeld verschlechtert wurden, alles im Namen der Gewinnmaximierung.

Selbst in Entwicklungsländern schließen viele transnationale Unternehmen ihre Betriebe und verlegen ihre Tätigkeiten an Orte, wo die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen noch günstiger und die Arbeitskräfte noch billiger sind, sobald sie auf ihr ursprünglich eingesetztes Kapital eine ausreichende Rendite erzielt haben. Es gibt bereits Anzeichen dafür, dass die Exportförderzonen von heute, in denen vorwiegend Frauen beschäftigt sind, die Industrierostgürtel von morgen sein werden. Die Geschichte dieser Zonen mit ihren Einschränkungen von Löhnen, Arbeitnehmerrechten und gewerkschaftlichen Aktivitäten ist typisch für die Trends zur Unterminierung einer gerechten Entwicklung und zeigt deutlich, wie eine ungehemmte Marktliberalisierung ohne Rücksicht auf Arbeits- und Umweltstandards einigen wenigen Gewinne bringt, während sie für Millionen von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen und ihre Familien eine Verschlechterung der Verhältnisse und Ausbeutung bedeutet.

Seit dem letzten Kongress sind die Überschusskapazitäten global gestiegen, und es hat einen bemerkenswerten Produktionsanstieg in China und massive

Investitionen und Verlagerungen von Investitionen durch transnationale Unternehmen nach China gegeben. Das hat die Arbeitnehmerrechte und die Organisierung von unabhängigen Gewerkschaften in China für den IMB zu einer Priorität gemacht.

Dieser Trend wird noch dadurch erheblich verstärkt, dass viele nationale Regierungen und Kommunalbehörden durch die Subventionierung von Investitionen und Exporten miteinander konkurrieren. Der IMB muss seine diesbezügliche Arbeit verstärken und in Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen Organisationen und anderen Druck auf die Regierungen ausüben, damit sie diesen unfairen Wettbewerb unterlassen.

Außerdem ist klar, dass sich die Gewerkschaftsbewegung zu einer globalen Kraft entwickeln muss, um ein Gegengewicht zur Macht des internationalen Kapitals zu schaffen. Zwar gibt es innerhalb der Arbeiterbewegung eine Diskussion darüber, wie diese Investitionsströme am besten kontrolliert werden können, doch viele befürworten nachdrücklich die Einführung einer Steuer auf Finanzgeschäfte, deren Einnahmen zumindest teilweise zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung verwendet werden könnten.

1.2 Das Elend der Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung

Trotz einer Zunahme des weltweiten Wirtschaftswachstums steigt die Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung international weiter unvermindert an, was vor allem für junge Menschen, Frauen und ältere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen eine größere Belastung darstellt. Aus offiziellen Quellen geht hervor, dass weltweit mehr als ein Drittel aller Menschen im Erwerbsalter arbeitslos oder unterbeschäftigt sind. Technologische Veränderungen, das ungezügelte Streben nach Produktivitätssteigerungen, eine völlig unzureichende Nachfrage aufgrund einer unzureichenden Bezahlung der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sowie schädliche arbeitsmarktpolitische Maßnahmen haben zu dieser misslichen Situation beigetragen. Millionen von Metallarbeitern und -arbeiterinnen haben ihre Arbeit verloren und stehen nun ohne Hoffnung auf eine bessere Zukunft auf der Straße. Viele von ihnen haben ihre Renten und ihre Krankenversicherung verloren, die oft ihr einziges Sicherheitsnetz waren.

Die sich weltweit verschlechternde Beschäftigungslage unterminiert auch Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut und Ungleichheit, was die größte Herausforderung ist, vor der immer mehr Länder heute stehen. Anhand von Untervergabe und Auslagerung ersetzen Arbeitgeber reguläre Beschäftigungsverhältnisse durch atypische Arbeitsverträge. Parallel zur Verschlechterung der Beschäftigungssituation wächst die unregulierte Wirtschaft, und eine zunehmende Zahl von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen müssen mit Löhnen auskommen, die an der Armutsgrenze liegen.

Dennoch wird die neoliberale Logik des „Laissez-faire“ nicht ernsthaft in Frage gestellt. Im Allgemeinen verweist die politische und wirtschaftliche Elite selbstgefällig auf den so genannten wirtschaftlichen Aufschwung und verlangt eine weitere Deregulierung des Arbeitsmarktes. Für sie ist das Vertrauen in die Marktkräfte nach wie vor das Instrument zur Ankurbelung des Wachstums, zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur effizienten Verteilung der globalen Ressourcen.

Hohe Arbeitslosigkeit ist eine Verschwendung von menschlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten, die das Bestreben der Unternehmen fördert, Kapitalkonsolidierung zu betreiben und die Ausbeutung und Kontrolle der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zu verstärken. Das macht wirtschaftlich gesehen keinen Sinn und ist weder politisch noch gesellschaftlich vertretbar. Arbeitslosigkeit führt auch zu einer Massenmigration über Landesgrenzen hinweg, was in vielen Teilen der Welt Verzerrungen auf den Arbeitsmärkten verursacht. Die Vollbeschäftigung muss weiterhin das wichtigste Ziel der Wirtschafts- und Sozialpolitik weltweit bleiben.

1.3 Veränderung des politischen Klimas

Die Arbeitnehmerbewegung spielt seit über einem Jahrhundert bei der Entwicklung der Demokratie weltweit eine Schlüsselrolle.

In vielen Ländern wurden politische Organisationen gegründet, um die Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zu vertreten und zu verteidigen.

Viele dieser Organisationen distanzieren sich jetzt von ihren historischen Zielen und werben um die Unterstützung des Kapitals.

Die Arbeitnehmerbewegung kann sich bei der Verteidigung der Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen nicht immer auf ihre früheren politischen Verbündeten verlassen. Die Gewerkschaftsbewegung muss Mittel und Wege finden, den politischen Prozess wirksamer zu beeinflussen, um die Arbeitnehmerrechte auf nationaler und internationaler Ebene zu fördern und zu schützen.

Das ist besonders dringlich angesichts der veränderten Perspektiven und Erfahrungen von Berufsanfängern. Junge Menschen sind heute im Allgemeinen besser ausgebildet, treten später ins Erwerbsleben ein und sehen im Beitritt zu einer Gewerkschaft nicht unbedingt Vorteile. Frauen wurden von den Gewerkschaften lange Zeit zu wenig oder gar nicht vertreten, obwohl sie einen immer größeren Teil der Erwerbstätigen ausmachen.

Darüber hinaus haben Arbeitgeber und eine Reihe von Regierungen eine eindeutig gewerkschaftsfeindliche Position bezogen.

1.4 Arbeitnehmer- und Menschenrechte

Immer noch werden Millionen von Beschäftigten die Arbeitnehmerrechte vorenthalten. Missbräuche reichen von einer restriktiven Gesetzgebung bis zur brutalen Unterdrückung und sogar Ermordung von aktiven Gewerkschaftern und Gewerkschafterinnen. Ein Wettbewerb des freien Marktes ohne notwendige und angemessene Regeln, häufig verbunden mit Diktaturen und korrupten oder gewerkschaftsfeindlichen Regierungen, hat maßgeblich zur weltweiten Zunahme der Verletzungen von Gewerkschaftsrechten beigetragen.

Märkte überschreiten immer häufiger Landesgrenzen, doch das Gleiche lässt sich von Arbeitnehmerrechten nicht sagen.

Manche Regierungen versuchen sogar, niedrige Arbeitsnormen und die Missachtung von Arbeitnehmerrechten als Anreiz für Investitionen zu nutzen. Das ist nicht nur eine Verletzung der Menschenrechte, sondern auch eine wirtschaftliche Verzerrung. Die Missachtung von Arbeitnehmerrechten schlägt sich in unzureichenden Einkommen und gefährlichen Arbeitsbedingungen nieder, besonders für Frauen, und führt zu unfairem Wettbewerb und größerer wirtschaftlicher Ungleichheit.

Eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung ist untrennbar mit der Achtung der Menschen- und Arbeitnehmerrechte verbunden. Probleme wie Kinderarbeit und Diskriminierung von Frauen und Minderheiten lassen sich nicht alleine durch Kampagnen von Aktivisten und Aktivistinnen überwinden. Die Lösung dieser Probleme muss fester Bestandteil einer globalen Initiative zur Beseitigung von Armut und Unterentwicklung sein.

Die internationalen Finanzinstitutionen, nämlich die Weltbank und der Internationale Währungsfonds, haben es nicht erreicht, eine nachhaltige Entwicklung herbeizuführen und Menschen- und Arbeitnehmerrechtsfragen angemessen zu behandeln. Diese Institutionen haben auch nicht die wichtige Rolle anerkannt, die Gewerkschaften beim Kampf gegen Korruption und Unterdrückung und bei der Stärkung der Zivilgesellschaft gespielt haben – alles wichtige Aspekte bei der Erreichung einer gerechten Entwicklung und der Beseitigung von Armut.

Andere wichtige Akteure des globalen Geschehens und der Gestaltung der Weltwirtschaftspolitik, darunter die UNO und ihre Sonderorganisationen, sollten beim Kampf gegen die Missachtung der Menschenrechte ebenfalls eine größere Rolle spielen, eine solide, nachhaltige Wirtschaftspolitik fördern und Gesundheit, Ausbildung und soziales Wohlergehen weltweit verbessern.

Der Kampf um Kernarbeitsnormen lässt sich jedoch nicht auf internationale Institutionen beschränken. Die Kernarbeitsnormen gehören zu den Grundbausteinen der Demokratie und sind von entscheidender Bedeutung für die Befähigung der Menschen zu selbstbestimmtem Handeln, insbesondere der verarmten und ausgegrenzten. Sie müssen ein wesentlicher Bestandteil multilateraler, regionaler oder bilateraler Handels- und Investitionsabkommen sowie einer jeden nationalen Regierungspolitik sein.

1.5 Nachhaltiges Wachstum und nachhaltige Entwicklung

Nachhaltiges Wachstum und nachhaltige Entwicklung haben eine wirtschaftliche, eine soziale und eine Umweltdimension. Das Programm der Gegner der Arbeitnehmerschaft hat den „Marktkräften“ einen zu großen Einfluss auf die Sozial- und Wirtschaftspolitik verschafft. Die Folgen einer seit Jahrzehnten vom Markt gesteuerten Globalisierung lassen erkennen, dass Märkte starke Regulierungsorgane und demokratisch legitimierte Regeln benötigen, damit eine faire und gerechte Funktionsweise sichergestellt werden kann.

Die internationalen Finanzinstitutionen wurden im Gefolge der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre geschaffen, um zu verhindern, dass es noch einmal zu einer solchen Krise kommt. Finanzielle Stabilität und der Wiederaufbau nach dem 2. Weltkrieg waren ihre unmittelbaren Ziele, und diese Ziele wurden auch erreicht. Nicht erreicht haben die internationalen Finanzinstitutionen jedoch das Ziel, die Entwicklung der unterentwickelten Länder zu fördern.

Die Gewerkschaftsbewegung hat die internationalen Finanzinstitutionen aus diesen Gründen scharf kritisiert und ist der Ansicht, dass diese vielmehr in vielen Ländern zur Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Situation beigetragen haben. Zwar hat die Liberalisierung des Welthandels und der Investitionen in einigen Ländern das Wachstum gefördert, doch trägt sie auch zur Vergrößerung der Kluft zwischen Arm und Reich sowohl innerhalb als auch zwischen Ländern bei.

Das Wirtschaftswachstum wurde dadurch beschränkt, dass Sparpolitiken im Vordergrund standen, die Teil des sogenannten „Washingtoner Konsenses“ sind, der von den internationalen Finanzinstitutionen, einer Reihe von politischen Entscheidungsträgern und Wissenschaftlern und einem Großteil der Medienkonzerne befürwortet wird.

Zur Förderung einer gerechten Entwicklung benötigt die Weltwirtschaft eine konjunkturbelebende Steuer- und Finanzpolitik. Länder mit hoher Arbeitslosigkeit und stagnierender Nachfrage sollten konjunkturbelebende Haushalte annehmen, wenn zweckdienlich auch defizitäre Haushalte, und niedrigere Zinssätze beschließen.

Die Regierungen müssen auch sicherstellen, dass die Gewinne aus dem Wirtschaftswachstum gerecht geteilt werden. Arbeitslosigkeit und ein unausgewogener Handel haben stärkere Auswirkungen auf das Wohlergehen der Menschen dieser Welt als Inflation und unausgeglichene Haushalte.

In vielen Entwicklungsländern werden Entwicklung und Inlandsverbrauch durch hohe Auslandsschulden behindert. Ein Schuldenerlass trägt in solchen Fällen erheblich zur Förderung des Wirtschaftswachstums und der nachhaltigen Entwicklung bei.

Darüber hinaus muss anerkannt werden, dass ausländische Direktinvestitionen bei der wirtschaftlichen Entwicklung eine wichtige Rolle spielen werden. Sie sollten jedoch nicht die einzige Kapitalquelle sein. Die bilaterale und multilaterale Entwicklungshilfe muss ebenfalls verstärkt und auf nachhaltige Entwicklungsziele ausgerichtet werden.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen erreichen Geberländer nie die auf internationalen Konferenzen festgelegten Ziele der Entwicklungshilfe, obwohl diese weit unter 1% ihres BIP liegen.

Darüber hinaus muss eine umweltverträgliche Produktion gefördert werden. Der unbesonnene und rasche Verbrauch der Ressourcen der Welt und die damit einhergehende rücksichtslose Verschmutzung der Umwelt muss unter Kontrolle gebracht werden. Umwelterhaltung, Abfallverwertung und strengere Umweltabkommen müssen verwirklicht werden.

Dabei sollte anerkannt werden, dass Entwicklungsländer zwar von Anstrengungen zur Eindämmung der Zerstörung und Verschmutzung von Ressourcen nicht ausgenommen werden können, der Löwenanteil der Verantwortung jedoch bei den Industrieländern liegt.

Diese Länder haben beim Prozess der Industrialisierung Berge von „Umweltschulden“ angehäuft, und ihr Pro-Kopf-Verbrauch von knappen Ressourcen ist immer noch wesentlich höher als der in Entwicklungsländern. Alle Länder der Welt sollten eine Politik durchführen, die dazu beiträgt, die Ziele des Protokolls von Kyoto über das Klima Wirklichkeit werden zu lassen.

1.6 Finanzspekulationen

Finanzspekulationen, die jeden Tag Millionen von Transaktionen und den Transfer von riesigen Geldmengen weltweit mit sich bringen, sind ebenfalls ein Thema, das für den IMB von Belang ist.

Es ist unannehmbar, dass der Großteil des Kapitals, das auf den Finanzmärkten im Umlauf ist, nicht unter demokratischer Kontrolle steht und für Zwecke verwendet wird, die der großen Mehrheit der Weltbevölkerung nicht zugute kommen.

Darüber hinaus wirken sich diese Geldströme destabilisierend auf die Weltwirtschaft aus. „Portfeuille-Kapital“ ist die treibende Kraft hinter den Vermögensblasen und den Wechselkursschwankungen, die den Volkswirtschaften sowohl der Industrieländer als auch der Entwicklungsländer in zunehmendem Maße zu schaffen machen.

Die von Unternehmen, institutionellen Anlegern und internationalen Finanzinstitutionen geförderte Liberalisierung der Finanzmärkte ist der Hauptfaktor für diese Instabilität und hat in einer Reihe von Ländern enorme soziale und wirtschaftliche Kosten verursacht. Die Liberalisierung des Finanzmarktes hat zu finanziellen Zusammenbrüchen geführt. Dies hatte zur Folge, dass Jahrzehnte von Errungenschaften der Arbeitnehmer und

Arbeitnehmerinnen in wenigen Monaten zunichte gemacht und Millionen Menschen in die Armut zurückgeworfen wurden.

Außerdem hat die aktuelle Welle der Unternehmensskandale Anlass zu ernsthafter Sorge über die Unzulänglichkeiten der internen Kontrollmechanismen der Unternehmen und ihrer Rechnungslegungspflicht gegenüber der Öffentlichkeit gegeben. Diese Skandale haben wieder einmal gezeigt, wie sich Führungskräfte von Unternehmen bereichern können, wobei sie wenig Rücksicht darauf nehmen, ob ein solches Handeln legal ist und mit einer längerfristigen nachhaltigen Entwicklung in Einklang steht. Während sich Milliarden von Dollars in Rauch auflösten, wurden die eigentlichen finanziellen und menschlichen Kosten von den erwerbstätigen Familien in Form von Arbeitsplatzverlusten, zerstörten Hoffnungen und ruinierten Leben getragen.

1.7 Krise des Welthandelssystems

Vier Jahre nach Seattle hat das Scheitern der Verhandlungen auf der WTO-Ministerkonferenz im mexikanischen Cancún gezeigt, dass das internationale Handelssystem nicht in der Lage ist, die Kernfrage der nachhaltigen Entwicklung in Angriff zu nehmen und die Bedürfnisse von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen weltweit zu erfüllen. Dies hat zu einer Vertrauenskrise zwischen den Mitgliedstaaten der WTO und gleichzeitig zu einer Infragestellung der Glaubwürdigkeit und Legitimität der Organisation in der Öffentlichkeit geführt. Es herrscht weitgehend die Ansicht, dass die Regeln der WTO auf die Interessen der reichen Länder und der multinationalen Unternehmen ausgerichtet sind und die Starken gegenüber den Schwachen bevorteilt werden.

Unfaire Handelspraktiken, einschließlich der Verletzung von Arbeitnehmerrechten, und die Weigerung von Regierungen, die Kernarbeitsnormen in Handels- und Investitionsabkommen aufzunehmen, sind eine zusätzliche Belastung für das multilaterale System und bergen die Gefahr einer starken Gegenreaktion und einer Welle des Protektionismus.

Während der Multilateralismus an Dynamik verliert, nimmt die Zahl der regionalen Handelsabkommen seit Beginn der neunziger Jahre ständig zu. Bald wird es mehr als 300 dieser Abkommen geben, und es gibt Grund zu der Annahme, dass der politische Wille zum Abschluss neuer Abkommen nicht nachlassen, sondern eher noch stärker werden wird.

Diese Entwicklung bringt nicht nur die Entstehung neuer Wirtschaftszonen, sondern auch neuer politischer Entscheidungszentren mit sich. Sie wird sich auf das Gleichgewicht der Interessen bei neuen Verhandlungen über Sektoren und umfassende Handelsfragen auswirken.

Multilaterale Regeln sind notwendig, vor allem für die schwächeren Akteure im globalen System. Diese Regeln müssen demokratisch vereinbart sein und die unterschiedlichen Situationen und Bedürfnisse berücksichtigen.

Der Handel allein schafft kein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und keine nachhaltige Entwicklung. Der Handel kann zur Entwicklung beitragen und Armut verringern, doch dazu müssen Programme und Verfahrensweisen grundlegend geändert werden.

Das GATT hat durch die Senkung der Zölle den Handel und in einigen Gebieten auch das Wirtschaftswachstum gefördert. Die Abkommen, die aus der Uruguay-Runde hervorgegangen sind und zur Einrichtung der WTO geführt haben, gingen jedoch weit über reine Zollsenkungen hinaus und umfassten auch Handels- und Dienstleistungshemmnisse außerhalb des Zollbereichs und trugen zu den gegenwärtigen Ungleichgewichten im Welthandelssystem bei.

Diese Abkommen können potenziell viele Bereiche umfassen, die für die Wirtschafts- und Sozialpolitik eines Landes von entscheidender Bedeutung sind, so zum Beispiel Gesetze über den Verbraucher-, Arbeitnehmer- und Umweltschutz, den öffentlichen Dienst, Produktnormen, die Regelung des öffentlichen Beschaffungswesens usw.

Wie bereits angemerkt, führen Verletzungen von Arbeitnehmerrechten oder des Umweltschutzes zu wirtschaftlichen „Verzerrungen“ der Austauschverhältnisse, die im Wesentlichen nicht anders sind als die „Verzerrungen“, die durch Zölle oder Verletzungen von Rechten am geistigen Eigentum verursacht werden, welche die WTO mit Sanktionen belegt. Hier wird mit zweierlei Maß gemessen, was nicht hingenommen werden kann.

Die WTO muss so reformiert werden, dass ihr Regelwerk Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte sowie soziale Standards und Umweltbelange berücksichtigt.

Wie und unter welchen Bedingungen ein Produkt hergestellt wird, ist aus sozialer Sicht durchaus nicht irrelevant; das gleiche gilt für schädliche Auswirkungen, die sich aus dem Handel mit diesem Produkt und dessen Konsum ergeben. Insbesondere das Vorbeugeprinzip muss in WTO-Regeln und WTO-Abkommen anerkannt werden.

WTO-Regeln dürfen jedoch nicht die Fähigkeit von Regierungen beeinträchtigen, in Bereichen wie Verbraucher-, Arbeitnehmer- oder Umweltschutz, Bildung, Gesundheit und industrielle oder allgemeine wirtschaftliche Entwicklung ihre eigene Politik durchzuführen. Die WTO-Regeln müssen auch Raum für den Schutz von „jungen Wirtschaftszweigen“ (unterschiedliche Behandlung) und gegebenenfalls eine Reihe von „Leistungsanforderungen“ lassen, die Regierungen Investoren eventuell auferlegen wollen.

Eine Änderung der Handelsregeln wirkt sich auf den Investitionsfluss aus, und eine Veränderung beim Investitionsfluss hat Auswirkungen darauf, wo produziert wird, was sich wiederum auf den Handel auswirkt. Wenn zugelassen wird, dass es weniger Beschränkungen beim Warenverkehr und bei Investitionen gibt, kann dies zum Rückzug von Investitionen aus einer Region führen, während mehr Kapital in eine andere fließt.

Faire Regeln für alle sind notwendig, und es gibt keinen Grund, dem Privatkapital noch mehr Rechte und Befugnisse einzuräumen, als es ohnehin bereits hat. Es muss ein gerechtes Gleichgewicht zwischen den Rechten von Investoren und ihrer Verpflichtung geben, für eine nachhaltige Entwicklung zu sorgen, einschließlich ihrer Bereitschaft, international anerkannte Arbeitnehmerrechte durchzusetzen.

Wie die Erfahrung gezeigt hat, kommen Handelswachstum und wirtschaftliche Integration per se nicht automatisch der gesamten Bevölkerung zugute. Wenn Handelsabkommen eine nachhaltige Entwicklung fördern und Armut sowie rechtliche und soziale Ungleichheiten beseitigen sollen, dann müssen alle Gruppen der Zivilgesellschaft, auch Arbeitnehmer- und Umweltorganisationen, bei den Aushandlungen dieser Abkommen vertreten sein.

1.8 Dramatische Veränderungen bei der Fertigung

Dramatische technologische Entwicklungen in den letzten zehn Jahren, insbesondere bei der Digitaltechnologie, haben die Produktionsverfahren erheblich verändert. Die Fortschritte bei der Digitaltechnologie haben den Unterschied zwischen Gütern und Dienstleistungen häufig verwischt.

Große Teile des Fertigungsprozesses wurden automatisiert, und die Elektronik ersetzt bei fast allen Produkten die traditionellen Bestandteile.

Aufgrund der Umstrukturierung von Unternehmen werden praktisch überall in den metallverarbeitenden Industrien Belegschaften abgebaut. Ende der neunziger Jahre kam es in den metallverarbeitenden Industrien zu einer neuen Welle von Unternehmenszusammenschlüssen, Übernahmen und Bündnissen, die zu einem weiteren Stellenabbau führten. Auslagerung, die Untervergabe von Teilen des Fertigungsprozesses an externe Firmen, ist ein wesentlicher Aspekt des Umstrukturierungsprozesses. Sie ist ein wichtiges Management-Instrument geworden, das nicht nur die Fertigung betrifft, sondern auch Tätigkeiten, die eine höhere Qualifikation erfordern, etwa im Bereich Konstruktion, Forschung und Entwicklung.

Arbeitgeber führen neue Beschäftigungsformen ein, unter anderem flexible Arbeitsorganisations- und Fertigungssysteme, atypische Beschäftigungsverhältnisse und leistungsbezogene Entlohnung. Zu diesem „neuen flexiblen Arbeitsumfeld“ gehört auch, dass immer mehr Druck für eine Dezentralisierung der Tarifverhandlungen ausgeübt wird. All diese Veränderungen wirken sich nachteilig auf den Schutz und die Rechte am Arbeitsplatz aus, für die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen mit Erfolg gekämpft haben. Die Tatsache, dass Arbeitgeber immer mehr auf weibliche Beschäftigte zurückgreifen, die in vielen Fällen nicht von Gewerkschaften geschützt sind, trägt in ähnlicher Weise zur Verschlechterung der Löhne und Arbeitsbedingungen bei.

Die Rolle des traditionellen „Arbeiters“ im Wirtschaftsleben wird immer weiter zurückgehen, und die Zahl der „Angestellten“ wird weiter steigen. Neue Industriesektoren wachsen, während alte schrumpfen, und neue Technologien verändern die Qualifikationen, die in der traditionellen Metallverarbeitung gebraucht wurden. Die Qualifikationsanforderungen werden sich durch die Einführung neuer Technologien, durch veränderte Handelsstrukturen (einschließlich des zunehmenden Wettbewerbs aus Niedriglohnländern und des erhöhten Marktdruckes) und neue Formen der Arbeitsorganisation immer mehr verändern. Dies ist nicht nur ein Thema für die Gewerkschaften in den Industrieländern, sondern auch in den Entwicklungsregionen und in den Volkswirtschaften im Übergang. Alle möglichen Kenntnisse und Qualifikationen erfordernden Tätigkeiten können inzwischen fast überall ausgeführt werden und, wie bereits angemerkt, Unternehmen verlagern in zunehmendem Maße auch hohe Qualifikationen erfordernde Tätigkeiten in Länder mit niedrigeren Lohnkosten.

Die Gewerkschaftsbewegung kann es sich nicht leisten, diese Veränderungen in der Industrielandschaft und in der Zusammensetzung der Arbeitnehmerschaft zu ignorieren. Sie muss ihre Organisations-, Schulungs- und Gewerkschaftsaufbauarbeit intensivieren, ihre nationalen, regionalen und internationalen Strukturen einer Überprüfung unterziehen und Organisationen schaffen, die in der Lage sind, die Rechte von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen weltweit zu verteidigen. Die Gewerkschaften gefährden ihre eigene Zukunft, wenn es ihnen nicht gelingt, diese Veränderungen in ihre Strukturen und Politiken zu integrieren.

Die IKT-Industrie ist ein Sektor, der besondere Anstrengungen der Gewerkschaften erfordert. Darüber hinaus stellt die rasche und weite Verbreitung der IKT in traditionellen Industriezweigen besondere Herausforderungen an sie, einschließlich verstärkten Bedarfs an Ausbildung, Sozialschutz und Schutz der Privatsphäre.

Es sind staatliche Maßnahmen notwendig, um die Schaffung menschenwürdiger und nachhaltiger Arbeitsplätze zu fördern. Programme zur Produktivitätssteigerung und Kostensenkung von Unternehmen führen zu einem Abbau von Belegschaften und einer Senkung der Einkommen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, außer wenn

- eine konjunkturfördernde Wirtschaftspolitik und die gerechte Verteilung des Wachstums eine Expansion der traditionellen sowie der neuen Industriesektoren fördert;
- kürzere Arbeitszeiten ohne Kürzungen des Arbeitseinkommens vereinbart werden;
- durch industriepolitische Maßnahmen die Anpassung der alten Industrien erleichtert und das Wachstum neuer Industrien gefördert wird;
- arbeitsmarktpolitische Maßnahmen Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen, die durch Handels- und Investitionsströme freigesetzt werden, eine Neuorientierung erleichtern und sicherstellen, dass Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen für die Arbeitsplätze der Zukunft ausgebildet oder umgeschult und in neuen Tätigkeitsbereichen eingesetzt werden,

- lebenslanges Lernen verwirklicht wird und Investitionen in Bildung und Ausbildung erhöht werden; und
- angemessene soziale Sicherheitsnetze geschaffen werden.

1.9 Entstehung sozialer Bündnisse

Überall in der Welt kommen Menschen zusammen und mobilisieren sich gegen die negativen Auswirkungen eines ungezügelter Kapitalismus, gegen Deregulierung und Missstände in Unternehmen, und verlangen gleichzeitig die Förderung von Demokratie, Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit. Es entstehen zahlreiche Bewegungen und Netzwerke, die sich Räume schaffen, breite Koalitionen bilden und inzwischen in der lokalen und globalen Politik eine Rolle spielen. Mit der zunehmenden wirtschaftlichen Globalisierung bauen sie ihre Fähigkeiten aus, Druck zur Herbeiführung grundsatzpolitischer Veränderungen der globalen Regierungsführung auszuüben.

Von diesen Bewegungen hat sich das Weltsozialforum (WSF) zu einer nützlichen Plattform für all jene entwickelt, die nach Alternativen zum neoliberalen Modell suchen. Das WSF hat gezeigt, dass es in der Lage ist, Millionen besorgter Menschen auf globaler Ebene zu mobilisieren und zahlreiche politische und soziale Akteure für seine Ziele zu gewinnen. Die Foren, die in Porto Alegre, Mumbai und auf regionaler Ebene abgehalten wurden, haben deutlich gemacht, dass es für die progressiven sozialen Kräfte der Welt eine Gelegenheit gibt, zusammenzukommen, nicht nur um gegen die Ungerechtigkeiten und zerstörerischen Auswirkungen des gegenwärtigen Systems zu protestieren, sondern auch um Alternativen aufzuzeigen, zu denen Investitionen in die soziale Entwicklung, Verantwortung für die Umwelt und eine umfassende Regulierungskompetenz der Staaten auf nationaler Ebene gehören.

Die Globalisierung muss reformiert und neu ausgerichtet werden. Das Weltsozialforum kann dazu beitragen und am Aufbau einer effektiven, demokratischen und rechenschaftspflichtigen globalen Regierungsführung mitwirken, die sich für gegenseitige Achtung, Toleranz und internationale Solidarität einsetzt.

Das WSF ist auch ein nützlicher Raum, in dem man Kontakte zu anderen Organisationen knüpfen, viel über unterschiedlichste Themen erfahren und mit Sozialbewegungen in einen konstruktiven Dialog treten kann. Auf der Suche nach neuen Verbündeten können die Gewerkschaften diesen Raum nutzen, um mit Organisationen in Verbindung zu treten, die unsere Grundwerte teilen und sich für eine nachhaltige Entwicklung, Menschenrechte, die Gleichstellung der Geschlechter und den Schutz der individuellen und kollektiven Rechte in der Wirtschaft einsetzen. Bei der Verfolgung dieses Zieles sollten unsere Gewerkschaften sicherstellen, dass sie in diesen Foren stärker in Erscheinung treten und ihre Aussagen klar und deutlich sind, damit sie eine Wirkung erzielen und in sinnvoller Weise mit gleich gesinnten Organisationen zusammenarbeiten können.

2. AUFGABE DES IMB

Die wesentliche Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung besteht darin, die Löhne und die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zu verbessern und sicherzustellen, dass Arbeitnehmerrechte geachtet werden. Die Aufgabe des IMB besteht darin, durch Zusammenarbeit mit seinen Mitgliedsorganisationen in den einzelnen Ländern und auf globaler Ebene auf die Erreichung dieser Ziele in der metallverarbeitenden Industrie und verwandten Industrien hinzuwirken.

Heute besteht die Herausforderung an die Gewerkschaften darin, dafür zu sorgen, dass die wirtschaftliche Globalisierung den Menschen weltweit zugute kommt. Nationale und internationale Gewerkschaftsorganisationen in der Metallindustrie müssen die diesbezüglichen Anstrengungen der umfassenderen Arbeitnehmerbewegung auf wirksame Weise unterstützen. Deshalb müssen Metallgewerkschaften weiterhin Organisationen aufbauen, die

- die Fähigkeit besitzen, an konzertierten Aktionen auf nationaler und internationaler Ebene teilzunehmen, und
- über den politischen Einfluss und die Ressourcen verfügen, um bedeutende Beiträge zur Erfüllung unserer globalen Aufgaben zu leisten.

Der IMB wird in Zusammenarbeit mit anderen Gewerkschaftsorganisationen

1. eine stärkere Arbeitnehmerbewegung aufbauen durch
 - die Entwicklung globaler Strukturen;
 - die Verbesserung unserer Kommunikation und unseres Verständnisses von wichtigen Fragen;
 - die Organisierung von neuen Mitgliedern und die Gründung von demokratischen Arbeitnehmergewerkschaften weltweit;
 - die Verstärkung bestehender Gewerkschaften;
 - die Schaffung einer stärker geeinten Metallarbeiterbewegung;
 - die Förderung von Arbeitnehmerrechten; und
 - die Verstärkung der Rechte der weiblichen Beschäftigten;
2. sicherstellen, dass international anerkannte Kernarbeitsnormen in allen Ländern Anwendung finden und in Abkommen über globale, regionale und bilaterale Handelsbeziehungen und Investitionen aufgenommen werden;

3. ein Programm zur Förderung des Wirtschaftswachstums, zum Schutz der Umwelt und zur Verbesserung der sozialen Bedingungen entwickeln und entschlossen vorantreiben. Wenn die Arbeitnehmerschaft stark ist, gibt es ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum, und alle haben an dem geschaffenen Reichtum Anteil;
4. sicherstellen, dass Unternehmen, nationale Regierungen und die weltweiten Institutionen den Rechten, den Interessen und der Vertretung der Frauen Priorität einräumen. Innerhalb des IMB müssen neue Strukturen geschaffen werden, um die wirksame Entwicklung bei der Durchsetzung der Rechte, der Vertretung und der Organisationsstrategien von Frauen in allen Regionen zu überwachen;
5. wo es angebracht ist, Bündnisse mit politischen und sozialen Organisationen auf nationaler und internationaler Ebene eingehen, um diese Zielsetzungen zu erreichen und die Macht der transnationalen Unternehmen zu schwächen;
6. sich für fairen Handel, soziale Gerechtigkeit und die Beseitigung der Armut einsetzen.

3. IMB-AKTIONSPROGRAMM

3.1 Globale Strukturen zur Annahme der globalen Herausforderungen

Der IMB stellt bereits eine internationale Plattform zur Verfügung und koordiniert im Namen seiner Mitgliedsorganisationen globale Kampagnen. Doch seine Struktur muss weiter verbessert werden, damit die Herausforderungen angenommen werden können, vor denen Gewerkschaften heute stehen.

Es ist von entscheidender Bedeutung, dass der IMB weiter am Aufbau einer globalen Gewerkschaftsstruktur arbeitet, die in der Lage ist, überall auf der Welt und auf allen Ebenen Aktionen zu koordinieren und durchzuführen, wo und wann immer sie erforderlich sind.

Es ist unbedingt notwendig, dass diese Änderungen unserer Strukturen so schnell wie möglich durchgeführt werden und dass jeder in der Organisation einbezogen wird, von den Vorsitzenden der nationalen Gewerkschaften bis zu den einzelnen Mitgliedern.

Auch die tägliche Arbeit der Gewerkschaften muss globalisiert werden, damit bei jeder Aktion jederzeit eine Verbindung zwischen der lokalen und der internationalen Ebene besteht. Es sollte für alle in der Organisation klar erkennbar sein, dass jede einzelne Aktion die Arbeitsbedingungen anderswo beeinflussen kann und tatsächlich auch beeinflusst.

Um die regionalen und globalen Strukturen zu schaffen, die notwendig sind, um der wachsenden Macht des internationalen Kapitals entgegenzutreten, ist es von entscheidender Bedeutung, dass sich die IMB-Mitgliedsorganisationen aktiv beteiligen und auf die Erreichung dieses Zieles hinarbeiten.

3.1.1 Internationale Gewerkschaftsorganisationen

Die Industrielandschaft verändert sich ständig, und die Trennungen zwischen den traditionellen Industriesektoren verwischen sich zunehmend, insbesondere mit der Einführung neuer Technologien und Fertigungsprozesse.

Der IMB wird auch weiterhin mit anderen globalen Gewerkschaftsföderationen, dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) und dem Gewerkschaftsbeirat der OECD (TUAC) zusammenarbeiten, um die Interessen seiner Mitgliedsorganisationen zu vertreten und die Zielsetzungen seines Aktionsprogramms zu erreichen.

In dem Maße, in dem Industriesektoren miteinander verschmelzen, benötigt die Gewerkschaftsbewegung neue Strukturen auf internationaler Ebene.

Der IMB wird aktiv eine engere Zusammenarbeit mit anderen globalen Gewerkschaftsföderationen anstreben und gemeinsam mit ihnen Strategien entwickeln, um auf nationaler und internationaler Ebene eine stärkere, geschlosseneren, reaktionsfähigere und effizientere Gewerkschaftsorganisation aufzubauen, die der globalen Macht der transnationalen Unternehmen widerstehen kann.

Zu den Bereichen der Zusammenarbeit gehören:

- Initiativen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT);
- Aktionen bezüglich transnationaler Unternehmen und Berichterstattung über die Arbeitsbeziehungen und Umweltpraktiken dieser Unternehmen;
- Kernarbeitsnormen;
- Analyse von Handels- und Investitionsabkommen und Verhandlungspositionen von Regierungen hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Arbeitnehmer;
- gemeinsame Projekte zum Aufbau von Gewerkschaften; und
- Aufbau geeigneter Strukturen, um auf konkrete Bedürfnisse zu reagieren.

3.1.2 IMB-Landesausschüsse

In Ländern mit mehr als einer IMB-Mitgliedsorganisation sollten sich Gewerkschaften stets um Einheit und den Aufbau einer starken und geeinten Metallarbeiterorganisation bemühen.

Um dies zu erleichtern, legt der IMB seinen Mitgliedsorganisationen nahe, Landesausschüsse einzurichten, um

- die Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften zu fördern;
- bei Konflikten und zwischengewerkschaftlichen Rivalitäten zu vermitteln;
- Einheit zwischen Gewerkschaften in Kernbereichen wie Tarifverhandlungen, Bildungsarbeit und Organisierung der Nichtorganisierten zu erreichen.

Seit dem letzten Kongress wurden in einer Reihe von Ländern Landesausschüsse eingerichtet, die wertvolle Arbeit geleistet haben. Es müssen noch weitere Anstrengungen unternommen werden, um diese Arbeit zu konsolidieren.

3.1.3 Informationsnetzwerk

In einem zunehmend komplexen und globalen Umfeld spielt die Information bei den Wechselbeziehungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften, aber auch innerhalb der Gewerkschaften, eine entscheidende Rolle.

Bei ihrer täglichen Arbeit, sei es bei der Formulierung von Lohnforderungen oder der Ausarbeitung sozial- und wirtschaftspolitischer Maßnahmen, benötigen Gewerkschafter einen raschen Zugang zu aktuellen Informationen über Wirtschaftsdaten, Unternehmensstrukturen und Arbeitsbeziehungen.

Der IMB wird den Aufbau von Informationsnetzwerken zwischen den Mitgliedsorganisationen in die Wege leiten, wobei den Strukturen der transnationalen Unternehmen und den Regionalkonferenzen auf Sektorebene besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird.

So müssen IMB-Weltausschüsse und Aktionsgruppen zum Beispiel Kommunikationswege einrichten, damit sie Mitglieder zwischen den Zusammenkünften kontaktieren, rasch auf Ersuchen um Informationen reagieren und die von den nationalen und regionalen Ebenen kommenden Informationen koordinieren können.

3.1.4 Das IMB-Kommunikationssystem

Effektive Informationssysteme erfordern ein rasches und einfaches Kommunikationsmittel.

Die Stimme des IMB und seiner Mitgliedsorganisationen muss gehört werden – ob sie sich nun für soziale und wirtschaftliche Reformen einsetzen oder Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen unterstützen, deren Rechte verletzt werden. Der rasche Austausch präziser Informationen ist ein wichtiger Aspekt der internationalen Solidarität und einer erfolgreichen Kampagnenarbeit. Der IMB und seine Mitgliedsorganisationen müssen in dieser Hinsicht ihre Kapazitäten verbessern.

Ein wichtiger Aspekt dieser Arbeit besteht darin, den einzelnen Gewerkschaftsmitgliedern und aktiven Gewerkschaftern und Gewerkschafterinnen auf allen Ebenen die Bedeutung der internationalen Gewerkschaftsarbeit näher zu bringen. In dieser Hinsicht sind die Kommunikationswege der Mitgliedsorganisationen von entscheidender Bedeutung. Außerdem wird der IMB weiterhin Veranstaltungen für Gewerkschaftsjournalisten und -journalistinnen und Kommunikationsbeauftragte organisieren, um die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch zu verbessern.

Das Internet hat die Kommunikation revolutioniert, und die mehrsprachige Website und der E-Mail-Newsletter des IMB sind für ihn die wichtigsten Kommunikationswege. Gleichzeitig ist aber auch wichtig, dass der IMB diejenigen nicht benachteiligt, die noch keinen Zugang zum Internet haben.

Daher wird der IMB die Informationen auch weiterhin über die traditionellen Kommunikationsmittel zur Verfügung stellen und die Mitgliedsorganisationen beraten, die digitale Kommunikationswege aufbauen möchten.

Der IMB wird auch weiterhin eine Vierteljahreszeitschrift herausgeben, um seine Mitglieder über die Entwicklungen in der Metallindustrie auf dem Laufenden zu halten und eingehende Analysen der wichtigsten Fragen vorzunehmen, und nach wie vor gelegentlich Forschungspapiere und -berichte herausgeben, um Mitgliedern bei ihrer täglichen Gewerkschaftsarbeit zu helfen.

Um seine gesamte Kommunikation zu verbessern, muss der IMB als Organisation eine kohärente Kommunikationspolitik entwickeln, in der Pflichten und Leitlinien festgelegt sind.

3.2 Strategien zur Einbindung von transnationalen Unternehmen

Die politische Reform des Globalisierungsprozesses muss verbindliche Regeln für transnationale Unternehmen enthalten, die ihre Verantwortlichkeiten und Verpflichtungen im sozialen und ökologischen Bereich und in Fragen der Menschenrechte anerkennen und in ihren Handlungen zum Ausdruck bringen müssen. Ziel muss die Schaffung rechtlich bindender internationaler Regeln mit wirksamen Durchsetzungs- und Sanktionsmechanismen sein. Internationale Rahmenvereinbarungen sind in diesem Zusammenhang ein wichtiges Instrument.

Gleichzeitig werden sich die Maßnahmen des IMB zur Einbindung von transnationalen Unternehmen weiterhin auf die Schaffung und Aufrechterhaltung der Solidarität zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen entlang der gesamten globalen Produktionsketten der metallverarbeitenden Unternehmen und Industrien konzentrieren. Eine solche Solidarität ist wesentlich, wenn die Herausforderungen der heutigen konzerngesteuerten Globalisierung und des Marktwettbewerbs erfolgreich angenommen werden sollen, bei denen Arbeitnehmer und andere Gruppen der Gemeinschaft gegeneinander ausgespielt werden. Wenn diesen Kräften nicht wirksam entgegengetreten wird und bei ihnen keine Veränderungen erreicht werden, drohen sie die Arbeitsplätze, Lebensstandards, Arbeitsbedingungen und den sozialen Schutz der Metallarbeiter und -arbeiterinnen und ihrer Gemeinschaften weltweit zu unterminieren.

3.2.1 *Aufbau und Verstärkung der Bindungen entlang der Produktionsketten der transnationalen Unternehmen*

Der IMB wird weiterhin die Bindungen zwischen den Gewerkschaften, die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen entlang der Produktionsketten der transnationalen Unternehmen vertreten, über IMB-Weltunternehmensausschüsse und Aktionsgruppen verstärken und zu diesem

Zweck durch die Aktivitäten der IMB-Industrieabteilungen eine sektororientierte Koordination anbieten. Dabei wird der IMB mit Gewerkschaften in den Herkunftsländern der transnationalen Unternehmen zusammenarbeiten, um den Gewerkschaften in den Aufnahmeländern dabei zu helfen, ähnliche Möglichkeiten der Information und Konsultation zu erhalten wie die Gewerkschaften in den Herkunftsländern.

IMB-Weltunternehmensausschüsse haben bei der Verteidigung der Arbeitnehmerinteressen über Landesgrenzen hinweg eine wichtige Rolle gespielt. Wir werden weiter daran arbeiten, die IMB-Weltunternehmensausschüsse in kleinere ständige Arbeitsgremien umzuwandeln, die von den Unternehmen finanziert werden und somit besser in der Lage sind,

- auf dringende Aufrufe zum Handeln zu reagieren;
- gemeinsame Strategien zu entwickeln und umzusetzen;
- Aktionen mit regionalen Arbeitnehmervertretungsorganen (z. B. den Europäischen Betriebsräten) zu koordinieren.

Regionale sektorspezifische Tagungen des IMB unterstützen die Umbildung und Verstärkung der Weltunternehmensausschüsse und tragen zu einer besseren Koordination zwischen den Industriegewerkschaften bei, indem sie Arbeitnehmerforen auf Unternehmens- und Sektorebene wirksam miteinander verbinden. Wo angebracht, werden regionale Netzwerke auf Unternehmens- und Sektorebene aufgebaut, um Strategien zur Einbindung von transnationalen Unternehmen zu unterstützen.

Die Organisierung der Nichtorganisierten entlang der Produktionsketten der transnationalen Unternehmen ist ein zentrales Anliegen der IMB-Ausschüsse, Aktionsgruppen und regionalen sektorspezifischen Tagungen. Es werden Möglichkeiten des Gewerkschaftsaufbaus geprüft und Aktivitäten entwickelt, wo die Investitionen der transnationalen Unternehmen zu einer neuen oder wachsenden Konzentration von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen (einschließlich der Zulieferbetriebe) geführt haben und wo die Bedingungen gegeben sind, um die Bemühungen um einen Gewerkschaftsaufbau zu unterstützen. Hier lassen sich Fortschritte nur durch das aktive Engagement und die wirksame Unterstützung der IMB-Mitgliedsorganisationen und insbesondere der Gewerkschaften in den Herkunftsländern der transnationalen Unternehmen erzielen.

Organisierungsinitiativen müssen sich auch mit der Ausbreitung von Betrieben befassen, in denen die Gewerkschaften nicht vertreten sind, obwohl es in den jeweiligen Ländern starke Gewerkschaften gibt. Viele Unternehmen weigern sich, Gewerkschaften in neuen Betrieben in Ländern anzuerkennen, in denen sie seit Jahren vertreten sind, aber auch in Ländern, die neu für sie sind. Es müssen Anstrengungen zur gewerkschaftlichen Organisierung dieser Betriebe unternommen werden, damit die Stärke der IMB-Mitgliedsorganisationen aufrechterhalten und wiederhergestellt wird, und das ist eine wichtige Aufgabe für den IMB.

Zu den größten Herausforderungen, denen immer mehr Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen entlang aller Produktionsketten der transnationalen Unternehmen gegenüberstehen, gehören die Auslagerung, die Zunahme der prekären Beschäftigung und die Exportförderzonen. Häufig bekommen vor allem weibliche Metallarbeiterinnen deren Auswirkungen zu spüren. Der IMB wird versuchen, im Rahmen der Strategie der Einbindung der transnationalen Unternehmen darauf zu reagieren, indem er internationale Rahmenvereinbarungen, IAO-Übereinkommen, die OECD-Leitlinien für multinationale Unternehmen und andere Möglichkeiten der internationalen Solidarität nutzt und Bündnisse mit ausgewählten nichtstaatlichen Organisationen eingeht, die unsere Ziele des Schutzes und der Förderung der Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte teilen.

Effektive Gewerkschaftsorganisationen sind jedoch ein wesentlicher Bestandteil. Ohne effektive Gewerkschaften lassen sich Arbeitnehmerrechte, einschließlich der in Kernarbeitsnormen und internationalen Rahmenvereinbarungen enthaltenen, nicht wirksam überwachen und umsetzen.

3.2.2 Internationale Rahmenvereinbarungen

Der IMB und seine Mitgliedsorganisationen verwenden eine Reihe von Mechanismen, um transnationale Unternehmen in den metallverarbeitenden Industrien einzubinden. Zu den wichtigsten gehört die Aushandlung und Umsetzung von internationalen Rahmenvereinbarungen.

Jede IMB-Mitgliedsgewerkschaft verpflichtet sich zu dem Versuch, mit den multinationalen Unternehmen, die ihren Stammsitz in ihrem Land unterhalten, internationale Rahmenvereinbarungen abzuschließen.

Der IMB, der eine internationale Modellrahmenvereinbarung und ein Grundsatzpapier über die Aushandlung und Umsetzung von internationalen Rahmenvereinbarungen angenommen hat, hat solche Vereinbarungen mit transnationalen Unternehmen in verschiedenen metallverarbeitenden Industrien erfolgreich ausgehandelt. Der IMB wird versuchen, durch die folgenden Aktivitäten noch weitere Fortschritte in diesem Bereich zu erzielen:

- er wird weitere internationale Rahmenvereinbarungen unter Berücksichtigung seiner bisherigen Erfahrungen und Ergebnisse und unter Verwendung der IMB-Modellvereinbarung aushandeln;
- nach Rücksprache mit Gewerkschaften, die solche Vereinbarungen bereits unterzeichnet haben, wird der IMB prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, um die bestehenden Vereinbarungen zu verstärken, und welches die bestmöglichen Mittel und Wege sind, um mögliche Verbesserungen zu erreichen;
- die Mechanismen zur Überwachung und Umsetzung werden durch die Strukturen und Regionalbüros des IMB, durch Schulung sowie durch das Engagement der Mitgliedsorganisationen aufgebaut und weiterentwickelt mit der Zielsetzung, in allen transnationalen Unternehmen, die

Rahmenvereinbarungen unterzeichnet haben, die beste Praxis durchzusetzen;

- der IMB wird mögliche Strategien untersuchen, die transnationale Unternehmen, welche die Aushandlung und/oder die Umsetzung von internationalen Rahmenvereinbarungen noch ablehnen, zu diesen Schritten ermutigen sollen. Eine Zusammenarbeit der Mitgliedsorganisationen, insbesondere derjenigen im Herkunftsland eines transnationalen Unternehmens, wäre bei diesen Bemühungen äußerst wichtig.

3.2.3 Sonstige Mechanismen zur Einbindung von transnationalen Unternehmen

Um die Einbindung von transnationalen Unternehmen zu erreichen, haben Gewerkschaften in einigen Ländern auch die Möglichkeit, über das Kapital der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in Form von Renten- und Pensionsfonds auf diese Unternehmen Druck auszuüben. IMB-Mitgliedsorganisationen versuchen auch, Einfluss auf die Unternehmensführung zu nehmen; das ist von Land zu Land unterschiedlich. Diese Instrumente können am wirksamsten von Gewerkschaften in den Herkunftsländern der transnationalen Unternehmen eingesetzt werden, um die Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte entlang den gesamten globalen Produktionsketten zu fördern und zu schützen, um die Korruption in Unternehmen zu bekämpfen und um auf eine größere soziale Verantwortlichkeit der Unternehmen zu drängen. Der IMB wird über den TUAC und den IBFG weiter an der Stärkung dieser Mechanismen arbeiten.

Die Vereinfachung des Austausches und des Miteinanderteilens von Informationen über Unternehmensstrategien, Reaktionen der Gewerkschaften und Ergebnisse ist ein notwendiges und wirksames Mittel, um transnationale Unternehmen voll und ganz einzubinden. Durch IMB-Ausschüsse, Aktionsgruppen und regionale sektorspezifische Tagungen werden wir Netzwerke für den Informationsaustausch und Aktionen weiterentwickeln, die effizient, zeitgerecht, präzise und leicht zugänglich sind. Für den Aufbau und die Stärkung der Netzwerke und für eine erfolgreiche internationale Koordination der Informationen von nationalen und regionalen Ebenen ist die technische und politische Unterstützung der IMB-Mitgliedsorganisationen erforderlich.

Der IMB wird weiterhin Informationen über die metallverarbeitenden Industrien sammeln, analysieren und verteilen und dabei solchen Unternehmen und Industriesektoren besondere Beachtung schenken, in denen Arbeitnehmer und Mitglieder konzentriert sind. Zu den Arbeitsschwerpunkten gehören dabei Tarifverhandlungen, technologische Veränderungen, Innovationen in der Organisation der Produktion, Arbeitszeit, Entlohnungs- und Einstufungssysteme und Arbeitskämpfe. Wann immer möglich, sollten diese und andere gemeinsame Forschungsaktivitäten in Zusammenarbeit mit dem EMB und anderen globalen Gewerkschaftsföderationen durchgeführt werden, wobei die Ressourcen der IAO, der UNO und anderer internationaler Organisationen umfassend genutzt werden sollten.

3.3 Solidarität und Organisation

3.3.1 Tarifverhandlungen

Tarifverhandlungen sind die wichtigste Aktivität der Gewerkschaften und nach wie vor das beste Instrument zur Regelung der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie zur Lösung von Problemen am Arbeitsplatz. Ihre Auswirkungen gehen über den Arbeitsplatz hinaus und beeinflussen die Lebensbedingungen und Entwicklungschancen ganzer Gemeinschaften. Tarifverhandlungen sollten von den Gewerkschaften zunehmend als Möglichkeit genutzt werden, sich in Gemeinschaften zu engagieren und die umfassenderen Interessen der Arbeitnehmer als Bürger und Verbraucher zu vertreten.

In den letzten zehn Jahren sah sich die Gewerkschaftsbewegung jedoch Angriffen von Arbeitgebern und ihren Verbündeten ausgesetzt, die entschlossen sind, die Wirksamkeit von Tarifverhandlungen zu schwächen und auf diese Weise auch die Gewerkschaftsbewegung. Den Arbeitgebern ist insbesondere daran gelegen, Tarifverhandlungen auf landesweiter, sektoraler und manchmal sogar auf Unternehmensebene abzuschaffen. Mit der Drohung der Auslagerung von Produktion und Dienstleistungen wollen sie mehr Flexibilität und Zugeständnisse bei Tarifverhandlungen erreichen. Den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen werden neue Arbeits- und Beschäftigungsformen auferlegt, die zu mehr Stress und Unsicherheit führen. In den Entwicklungsländern verlangen ausländische Investoren regulative Veränderungen, bei denen die Folgen solcher Maßnahmen für die Entwicklung völlig außer Acht gelassen werden.

Der IMB und seine Mitgliedsorganisationen müssen auf diese Angriffe entschlossen reagieren.

Der IMB wird mit Mitgliedsorganisationen zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass Tarifabkommen weiterhin einen Rahmen bilden, der in Einklang mit innerstaatlichen Verfahrensweisen angemessene Löhne und Arbeitsbedingungen gewährleistet. Solche Tarifabkommen sind die Grundlage für einen angemessenen Lebensstandard der Mitglieder von IMB-Mitgliedsorganisationen.

Durch einen besseren Informationsaustausch und internationale Solidaritätskampagnen wird der IMB seine Bemühungen verstärken, seinen Mitgliedsorganisationen bei der Aushandlung von Löhnen und Arbeitsbedingungen zu helfen, aber auch bei Fragen der Auslagerung, der Arbeitsplatzsicherheit, der Arbeitsorganisation und zahlreichen anderen Anliegen im Zusammenhang mit Unternehmensumstrukturierungen. Zu diesem Zweck wird der IMB

- gemeinsam mit dem EMB das Ziel verfolgen, ein globales tarifpolitisches Informationsnetzwerk aufzubauen, und sich dabei die Erfahrungen des Eucoba-Netzwerks zunutze machen;

- Seminare/Workshops über konkrete tarifpolitische Themen wie Arbeitszeit, Flexibilisierung, lebenslanges Lernen, neue Arbeitsverträge, Auslagerung usw. organisieren.

Besonders besorgt ist der IMB über die Auswirkungen der neuen Technologien auf die Qualifikationsanforderungen in der metallverarbeitenden Industrie. Diesbezüglich wird der IMB über Tarifverhandlungen Druck auf die Arbeitgeber koordinieren, um eine Verbesserung der Qualifikationen von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen zu erreichen und so Qualifikationsmängel und unnötige Entlassungen zu vermeiden.

3.3.2 Gewerkschaftsaufbau und Bildungsarbeit

3.3.2.1 Aufbau starker Gewerkschaften

Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen können ihrer Stimme nur Gehör verschaffen, wenn sie in starken, repräsentativen und demokratischen Gewerkschaften organisiert sind. Für den IMB hat die Unterstützung der Organisierungsbemühungen und die Sammlung der bestehenden Metallarbeitergewerkschaften unter dem Banner des IMB hohe Priorität.

Der IMB wird den Aufbau von Gewerkschaften durch die Koordination und Unterstützung von Projekten und durch Beratung seiner Mitgliedsorganisationen in Fragen wie Organisationsstrategien, Gewerkschaftsstrukturen, gleiche Rechte, strategische Planung usw. fördern. Dies ist vor allem die Aufgabe der Regional- und Projektbüros des IMB.

3.3.2.2 Schulung von Mitgliedern

Der IMB wird zur gewerkschaftlichen Bildungsarbeit seiner Mitgliedsorganisationen beitragen, wenn es dabei um Kernaktivitäten der Gewerkschaften wie Tarifverhandlungen, Organisierung und Verteidigung von Arbeitnehmerrechten geht, wenn lokale mit globalen Fragen verbunden werden und wenn sie methodisch fundiert sind.

Der Bildungsbedarf der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen wird allerdings am besten von den Gewerkschaften selbst abgedeckt.

Der IMB wird zusammen mit den Mitgliedsorganisationen daran arbeiten, die Qualifikationen und Ressourcen aufzubauen, die sie brauchen, um ihren eigenen Bildungsbedarf zu decken, indem er Schulungen und Material für Ausbildungskräfte zur Verfügung stellt, die von den lokalen Gewerkschaften ausgewählt wurden.

3.3.2.3 Gewerkschaften, die unterstützt werden können

Der IMB wird Gewerkschaften unterstützen, die

- mit ihren Aktivitäten auf Eigenständigkeit hinarbeiten;
- ihre eigenen Prioritäten festgelegt und ihren Bedarf definiert haben;

- sich bei ihrer Arbeit an die Grundsätze des IMB für den Gewerkschaftsaufbau halten;
- Gewerkschaftsstrukturen aufbauen, die lokal und international den Bedürfnissen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen entsprechen und Frauen auf allen Ebenen einbeziehen;
- in der Lage sind, Aktivitäten zu organisieren, oder bereit sind, eng mit dem zuständigen IMB-Regionalbüro zusammenzuarbeiten, um solche Aktivitäten zu organisieren;
- Gewerkschaftsstrukturen aufbauen, die demokratisch sind, nicht von politischen Parteien beherrscht werden und unabhängig von Arbeitgebern sind;
- bereit sind, mit anderen IMB-Gewerkschaften auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene zusammenzuarbeiten; und
- der Verfolgung durch repressive Regierungen ausgesetzt sind.

3.3.2.4 Projekte, die unterstützt werden können

Der IMB wird Ressourcen und finanzielle Mittel für Gewerkschaftsaufbauprojekte zur Verfügung stellen, die

- Organisationen unabhängig von einer Kontrolle der Arbeitgeber und der Regierung aufbauen;
- die Demokratie innerhalb der Organisation fördern und Mitglieder, insbesondere Frauen und Jugendliche, ermutigen und in die Lage versetzen, an den Aktivitäten der Organisation teilzunehmen. Die Projekte sollten zur Beseitigung von politischer, Rassen- und Geschlechterdiskriminierung beitragen;
- die Fähigkeit der Organisation erhöhen, ihre eigenen Kernaktivitäten durchzuführen, d.h. die die Eigenständigkeit fördern, vor allem im Bereich der Ausbildung;
- die Solidarität innerhalb der Organisation, zwischen den Gewerkschaften des Landes und/oder der Region und innerhalb des IMB verstärken;
- unabhängige Gewerkschaften unterstützen, die sich repressiven Regierungen gegenübersehen und diese bekämpfen.

Die Regional- und Projektbüros des IMB werden gemeinsam mit den Mitgliedsorganisationen deren Bedarf im organisatorischen Bereich ermitteln und prüfen und Hilfe bei der Entwicklung von Projekten und Aktivitäten leisten, um diesen Bedarf zu decken. Um sicherzustellen, dass die Ressourcen effizient genutzt werden, wird sich der IMB bemühen, Aktivitäten von Mitgliedsorganisationen zu koordinieren.

Um sicherzustellen, dass diese Projekte die vorgegebenen Ziele erreichen, muss das Personal in den Regionalbüros und im Sekretariat die Fähigkeiten

besitzen, die Planung, Berichterstattung und Überprüfung dieser Aktivitäten durchzuführen.

3.3.2.5 Neue Arbeitsformen

Bei der Organisation und den Methoden der Produktion in der Metallindustrie kommt es zu dramatischen Veränderungen. Die technologischen Veränderungen gehen einher mit Veränderungen der Arbeitsorganisation; manche Berufe verschwinden, und bei einigen Qualifikationen von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen besteht die Gefahr, dass sie nicht mehr gebraucht werden. Neben der Bedeutung, die Gewerkschaften der Arbeitsplatzsicherheit beimessen, sollten sie auch sicherstellen, dass ihre Mitglieder und andere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen über Tarifverhandlungen die Möglichkeit und den Zugang zu lebenslangem Lernen erhalten, anstatt begrenzte Qualifikationen zu erwerben, die häufig nur auf einen Arbeitsvorgang beschränkt sind, und dass sie an der Ausarbeitung angemessener Schulungsmaßnahmen und -programme beteiligt werden.

Der IMB wird einen Prozess in die Wege leiten, der es seinen Mitgliedsorganisationen ermöglichen wird, diese Frage zu erörtern, voneinander zu lernen und die beste Praxis zu entwickeln, um das Recht ihrer Mitglieder auf Entwicklung und Beibehaltung ihrer Qualifikationen besser schützen zu können.

3.3.3 Gleiche Rechte

Der IMB ist der Ansicht, dass alle Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen die gleichen Rechte haben sollten, unabhängig von Geschlecht, Alter, Staatsangehörigkeit, ethnischer Herkunft, sexueller Orientierung oder Religion.

Den Organisationsgrad der weiblichen und jungen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zu erhöhen, um ihre Rechte zu schützen, ist eine der größten Herausforderungen, denen wir als Gewerkschaftsorganisation gegenüberstehen.

Weiterhin nimmt eine große Anzahl von Frauen auf der ganzen Welt eine Erwerbstätigkeit auf. In Entwicklungsländern stellen Frauen den weitaus größten Anteil der Arbeitskräfte in den Exportförderzonen, in denen die Gewerkschaftsbewegung häufig unterdrückt wird. Die weitaus meisten Frauen sind überhaupt nicht organisiert, vor allem solche, die in Klein- und Mittelbetrieben arbeiten. Der IMB wird dafür sorgen, dass Kampagnen zur Organisierung der Nichtorganisierten vor allem auf weibliche Beschäftigte ausgerichtet und dass Exportförderzonen und Klein- und Mittelbetriebe dabei besonders berücksichtigt werden.

Die Rechte der weiblichen Arbeitnehmer werden nach wie vor missbraucht. Der IMB wird sich für einen besseren gesetzlichen Schutz der weiblichen Arbeitnehmer einsetzen, auch für Mutterschutz und gleiche Bezahlung. Er wird in Zusammenarbeit mit den Mitgliedsorganisationen sicherstellen, dass

Frauen direkt an Tarifverhandlungen teilnehmen und dass diese Verhandlungen dazu genutzt werden, die Rechte der Frauen zu stärken.

Frauen sind auf allen Ebenen der Gewerkschaftsorganisation immer noch unterrepräsentiert. Nur wenige Frauen haben Ämter in Gewerkschaften inne, selbst in Bereichen, in denen weibliche Mitglieder in der Mehrheit sind. Der IMB hat Schritte unternommen, um die Beteiligung von Frauen innerhalb der Organisation zu verbessern, und wird sich weiterhin bemühen, dieses Ungleichgewicht zu beseitigen. Es werden Ziele für die Beteiligung von Frauen an Aktivitäten und Tagungen des IMB festgelegt, die zur Stärkung der Strukturen des IMB beitragen werden. Der IMB wird seine Mitgliedsorganisationen dazu ermutigen, Gewerkschaftsstrukturen und Wahlverfahren zu überprüfen, um Barrieren für eine Vertretung der Frauen aus dem Weg zu räumen.

Der IMB wird sich ferner vorrangig darum bemühen, den gesetzlichen Schutz bezüglich aller Aspekte der Tarifverhandlungen, der Organisierung und sonstiger, mit international anerkannten Arbeitsnormen in Zusammenhang stehender Belange auf alle Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen auszuweiten, die in irgendeiner Form diskriminiert werden.

3.3.4 Das Recht auf sichere Arbeitsbedingungen

Die Gesundheit ist das wichtigste Gut von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen. Daher ist die Verteidigung und die Förderung von Arbeitsschutzmaßnahmen eine grundlegende Aufgabe der Gewerkschaften, der alle IMB-Mitgliedsorganisationen oberste Priorität einräumen sollten. Auch wenn sich das Arbeitsumfeld an der Arbeitsstätte in den letzten Jahrzehnten erheblich verbessert hat, sterben immer noch zu viele Menschen an Verletzungen und Krankheiten aufgrund von Unfällen oder gefährlichen Arbeitsbedingungen.

IAO-Statistiken zufolge verlieren Millionen von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen jedes Jahr bei der Arbeit ihr Leben. Und das ist nur die Spitze des Eisbergs. Was wir weder sehen noch belegen können, sind die vielen Todesfälle aufgrund von Krankheiten wie Krebs, die auf Arbeiten mit gefährlichen chemischen Stoffen zurückzuführen sind.

Die Arbeitszeit, aber auch das Arbeitstempo sind zwei wichtige Faktoren, die sich auf die Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen auswirken können. Tödliche Unfälle am Arbeitsplatz und solche mit gesundheitlichen Folgen, aber auch psychosomatische Erkrankungen, stehen in engem Zusammenhang mit langen Arbeitszeiten und dem hohen Druck, unter dem Arbeiter und Angestellte arbeiten müssen. Und das wiederum steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Art und Weise, in der die Produktion organisiert ist. Arbeitsorganisation und Arbeitsschutz sind zwei Themenbereiche, auf die sich der IMB bei seinen Aktivitäten auch in Zukunft konzentrieren wird.

Durch neue Technologien, Computer und Automatisierung entstehen neue Gefahren für die Gesundheit und das Wohlergehen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Stress und schlechte psychologische Arbeitsbedingungen sind oft ein ernsthaftes Gesundheitsrisiko, besonders in Angestelltenberufen. Dieses besondere Anliegen wurde auf zahlreichen Veranstaltungen des IMB erörtert; in einem internationalen Projekt wurden Untersuchungen darüber angestellt.

Vorbeugung ist die beste Möglichkeit, um sicherzustellen, dass Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen nicht unter einem ungesunden Arbeitsplatz leiden. Deshalb müssen diesbezügliche Maßnahmen Priorität erhalten. Präventive Maßnahmen müssen auf einer angemessenen innerstaatlichen Gesetzgebung beruhen. IAO-Übereinkommen und IAO-Sammlungen praktischer Richtlinien müssen in die innerstaatliche Gesetzgebung und die landesweiten Tarifverträge aufgenommen werden. Die Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen hängt jedoch nicht ausschließlich von den Arbeitsbedingungen ab. Es gibt noch andere Faktoren wie das Umfeld außerhalb des Arbeitsplatzes, die den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen zusätzliche Probleme bereiten könnten.

Die internationale Gewerkschaftsbewegung muss auf verschiedenen Ebenen tätig werden, um sicherzustellen, dass bestehende Regeln und Normen umgesetzt und eingehalten werden, wie zum Beispiel das IAO-Übereinkommen Nr. 155 über den Arbeitsschutz und die Empfehlung Nr. 164 betreffend den Arbeitsschutz sowie die zahlreichen Sammlungen praktischer Richtlinien.

Der IMB wird

- mit dem IBFG, dem TUAC und globalen Gewerkschaftsföderationen zusammenarbeiten, um Druck auf die IAO auszuüben, damit sie Arbeitgeber, Regierungen und Gewerkschaften über bestehende Gesetze über den Arbeitsschutz informiert und ihnen diese nahe bringt;
- umfassende Ausbildungsprogramme über Arbeitsschutz für Ausbildungskräfte durchführen, die dann Vertrauensleute im Betrieb ausbilden und schulen;
- weiter daran arbeiten, dass auf Betriebsebene in allen Bereichen Arbeitsschutzausschüsse eingerichtet werden, in denen es gewählte oder ernannte Arbeitsschutzbeauftragte der Gewerkschaft gibt;
- das Thema des Arbeitsschutzes bei Sitzungen von Weltunternehmensausschüssen behandeln;
- sich weiterhin für kürzere Arbeitszeiten einsetzen; und
- sich für ein internationales Verbot von Herstellung, Einfuhr, Ausfuhr und Verwendung von Asbest einsetzen. Die Behandlung und die Entschädigung von Arbeitnehmern, die unter von Asbest verursachten Krankheiten leiden, sollten von den Arbeitgebern übernommen werden. Auf nationale Regierungen sollte Druck ausgeübt werden, damit sie Übergangsprogramme für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen durchführen, die aufgrund des Verbots von Asbest ihren Arbeitsplatz verloren haben.

3.3.5 Internationale Solidarität

Im Zeitalter der wirtschaftlichen Globalisierung verschärft die Mobilität des Kapitals und der mörderische Wettbewerb um Investitionen die Spannungen zwischen und innerhalb von Ländern und unterminiert die Arbeitnehmersolidarität. Mit der Drohung der Auslagerung und Verlagerung versuchen Unternehmen, hart erkämpfte Errungenschaften und Rechte abzuschaffen oder aufzuweichen und Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen gegeneinander auszuspielen; das führt zu einem Wettlauf nach unten, was weniger Sicherheit und weniger Einkommen bedeutet.

In allen Ländern haben Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen das Recht auf wirtschaftliche und soziale Entwicklung, zu der Kapitalströme beitragen können, und sie alle haben ein gemeinsames Interesse an der Angleichung der Beschäftigungsbedingungen nach oben. Die Gewerkschaften müssen für ein besseres Verständnis der beteiligten Kräfte und für eine starke Solidarität sorgen, wenn es ihnen gelingen soll, dem wachsenden Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt entgegenzuwirken, der nur den Interessen des Kapitals nutzt.

Der IMB muss sich stärker auf die Unterstützung nationaler Entwicklungsstrategien konzentrieren. Das wiederum bedeutet, dass sich die Gewerkschaften im Süden mehr an den Staat statt nur an das Kapital halten müssen. Das bedeutet auch, dass der IMB über seine Mitgliedsorganisationen den Druck auf die Länder des Nordens erhöhen muss, damit sie aufhören, den Entwicklungsbemühungen im Süden entweder direkt oder indirekt über die WTO und die internationalen Finanzinstitutionen entgegenzuwirken.

Internationale Solidaritätsaktionen zur Unterstützung von sozialen Errungenschaften, Arbeitnehmerrechten, Organisierung und Tarifverhandlungen sind wichtiger denn je. Diese Aktionen können jedoch nur wirksam sein, wenn zwischen den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen und zwischen den Gewerkschaften auf nationaler und regionaler Ebene Einheit und Solidarität besteht. Zu diesem Zweck sollten der IMB und seine Mitgliedsorganisationen verschiedene Formen von kollektiven Aktionen über Landesgrenzen hinweg in Erwägung ziehen.

Der IMB muss auf Ersuchen um Solidaritätsaktionen noch schneller und effizienter reagieren, indem er Informationen so rasch wie möglich an die Mitgliedsorganisationen weiterleitet und um deren Unterstützung ersucht. Der IMB wird Unterstützung bei Kampagnen leisten, die Versuche von transnationalen Unternehmen vereiteln sollen, die Produktion ohne angemessene Berücksichtigung der Auswirkungen auf ihre Beschäftigten in allen Teilen der Welt zu verlagern.

Um dem IMB zu ermöglichen, rechtzeitige Unterstützung zu leisten, wird von den Mitgliedsorganisationen deshalb erwartet, dass sie umfassende Informationen über den Konflikt liefern, die bereits auf nationaler Ebene unternommenen Bemühungen um eine Lösung darlegen und angeben, welche Art der Unterstützung sie vom IMB erwarten.

3.3.6 Organisation der Nichtorganisierten

Von den geschätzten 70 Millionen Metallarbeitern und Metallarbeiterinnen weltweit sind weniger als ein Drittel in den Mitgliedsgewerkschaften organisiert.

Zu Beginn dieses neuen Jahrhunderts ist die Organisation der Nichtorganisierten für die Gewerkschaftsbewegung eine ebenso wichtige Aufgabe, wie sie es im 20. Jahrhundert war.

Die Verlagerung von Fabriken in „Niedrigkostengebiete“, wo gewerkschaftliche Aktivitäten eingeschränkt sind oder sogar unterdrückt werden, und die Mängel bei der Kommunikation der Gewerkschaften mit jungen Menschen, Angestellten und weiblichen Arbeitnehmern machen die Annahme dieser Herausforderung um so dringlicher. Die Gewerkschaften müssen neue Wege suchen, um diese Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zu erreichen, die oft nur wenig über Gewerkschaften wissen oder die ihre Interessen nicht von Gewerkschaften vertreten sehen und deshalb für einen Beitritt weniger motiviert sind.

In den letzten zehn Jahren haben transnationale Unternehmen erhebliche Investitionen in den Exportförderzonen vorgenommen, in denen Löhne und Arbeitsbedingungen schlecht sind und Arbeitnehmerrechte regelmäßig verletzt werden. Frauen werden bei der Beschäftigung in Exportförderzonen, in denen eine Organisation generell schwierig ist, häufig bevorzugt und sind gezwungen, die niedrigsten Löhne und schlechtesten Bedingungen zu akzeptieren. Diese Entwicklung bedeutet nicht nur eine Gefahr für die Beschäftigung in Ländern mit höheren Standards und für andere Entwicklungsländer, sondern unterminiert auch eine nachhaltige Entwicklung, da den Beschäftigten in Exportförderzonen ein gerechter Anteil an den wirtschaftlichen Erträgen vorenthalten wird.

Zwar waren die „Arbeiter“ in großen Industrieunternehmen traditionell das Rückgrat der Gewerkschaftsbewegung, doch können es sich der IMB und seine Mitgliedsorganisationen nicht leisten, Klein- und Mittelbetriebe oder die High-Tech-Industrien und High-Tech-Arbeitsplätze in traditionellen Industrien zu ignorieren. Genauso wenig können wir die Veränderungen in der Zusammensetzung der Arbeitnehmerschaft ignorieren, die sich aufgrund des strukturellen und technologischen Wandels in der Metallindustrie ergeben, noch die Tatsache, dass Angestellte einen immer größeren Anteil der Arbeitnehmerschaft ausmachen.

Der „High-Tech“-Bereich weist einige Merkmale auf, die nachdrückliche Anstrengungen des IMB erfordern. Aktivitäten müssen ausgeweitet und intensiviert werden und sich an Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen auf allen Ebenen der betroffenen Unternehmen richten. In diesem Zusammenhang muss eine wirksame Koordination zwischen den zuständigen Abteilungen des IMB gewährleistet werden.

Ungeachtet der Größe eines Unternehmens und dessen, ob es Stahl oder Computerchips herstellt, sollten alle Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen

die Rechte und Vorteile erhalten, die die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft mit sich bringt.

Die Organisierung bleibt eine grundlegende Aufgabe aller IMB-Mitgliedsorganisationen, und Organisierungskampagnen können nur von den Gewerkschaften selbst durchgeführt werden. Dennoch kann der IMB die Organisationsaktivitäten seiner Mitgliedsorganisationen mit unterstützen und gegebenenfalls koordinieren und ein Forum für den Austausch von Informationen und Erfahrungen anbieten.

Konzentrieren werden sich die Organisierungsbemühungen vor allem auf

- Exportförderzonen, in denen die Arbeitnehmerrechte regelmäßig mit Füßen getreten werden und Ausbeutung an der Tagesordnung ist;
- Klein- und Mittelbetriebe, besonders diejenigen, in denen ein Teil des Fertigungsprozesses aus einem organisierten Arbeitsumfeld ausgelagert wurde;
- High-Tech-Unternehmen, und hier besonders Unternehmen, die technologische Komponenten für Produkte liefern, die von Mitgliedern von IMB-Mitgliedsgewerkschaften produziert werden;
- dem Fertigungsprozess vor- und nachgelagerte Unternehmen, unabhängig davon, ob sie im Bereich Forschung und Entwicklung, Konstruktion, Teile- oder Rohstofflieferung oder im Vertrieb tätig sind;
- Frauen, junge Menschen und Angestellte. Bezüglich der Angestellten werden der IMB und seine Mitgliedsorganisationen das vom IMB-Exekutiv Ausschuss im Mai 2004 angenommene Grundsatzpapier aufgreifen, das eine Reihe von Zielen und Empfehlungen für die künftige Arbeit enthält. Die Gewerkschaften müssen stärker auf die Bedürfnisse dieser Arbeitnehmer eingehen, die einen wachsenden Anteil an der Arbeitnehmerschaft ausmachen, die aber nur schwach organisiert sind;
- die Unterstützung der Mitgliedsorganisationen bei ihren Bemühungen, Gesetzesänderungen durchzusetzen, die das Vereinigungsrecht und das Recht auf Tarifverhandlungen vorsehen und schützen.

Diese Arbeit muss mit den Bestrebungen abgestimmt werden, Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in Unternehmen gewerkschaftlich zu organisieren, die mit transnationalen Unternehmen verbunden sind und IMB-Strukturen haben. Die Organisierung der nichtorganisierten Betriebe dieser Unternehmen muss unabhängig davon, ob es sich um neue Fabriken oder die ausgelagerte Produktion von gewerkschaftlich organisierten Betrieben handelt, für den IMB Priorität haben.

3.4 Eine soziale Dimension der wirtschaftlichen Globalisierung

Der IMB wird seine Mitglieder auf internationaler, regionaler und nationaler Ebene weiterhin zu allen Fragen mobilisieren, die für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen von Belang sind.

Der IMB wird sich gemeinsam mit seinen Mitgliedsorganisationen mit Fragen des Arbeitsplatzes befassen, sich gleichzeitig aber auch für wirtschaftliche, soziale und Menschenrechte einsetzen – Themen, die für die Gewerkschaftsbewegung von umfassenderer Bedeutung sind.

Um den Kampf für eine bessere und gerechtere Gesellschaft zu gewinnen, benötigen wir aber auch die Unterstützung von anderen Organisationen, die ähnliche Ziele und Ideale verfolgen.

Seit unserem letzten Kongress hat es eine beeindruckende Mobilisierung gegen eine nur den transnationalen Unternehmen zugute kommende Globalisierung gegeben, was zeigt, dass sich die Menschen überall auf der Welt Sorgen machen über die Auswirkungen der Globalisierung auf die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, insbesondere in den Entwicklungsländern. Diese soziale Bewegung verlagert ihre Aktivitäten vom reinen Protest zunehmend auf die Suche nach Alternativen und die Definition von Strategien.

Die globale Gewerkschaftsbewegung muss Teil dieses Prozesses sein und der Stimme der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen Gehör verschaffen.

Der IMB und andere Gewerkschaftsorganisationen haben sich mit nichtstaatlichen Organisationen und mit Sozialbewegungen zusammengetan. Im Zeitraum seit dem letzten Kongress war das Weltsozialforum ein wichtiger Rahmen für einen konstruktiven Austausch und nützliche Bündnisse.

Beim Bemühen um eine soziale Dimension der Globalisierung wird sich der IMB für eine Intensivierung des Dialogs und der Zusammenarbeit mit anderen Gruppen einsetzen, die seine Zielsetzungen und Grundwerte teilen, und bei bestimmten Kampagnen die führende Rolle übernehmen. Schwerpunkte einer solchen Zusammenarbeit werden sein: die Förderung der Menschen- und Gewerkschaftsrechte, die Organisation von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen in ungeschützten und unregulierten Beschäftigungsverhältnissen, Initiativen für eine umweltfreundliche Produktion sowie die Demokratisierung der globalen Wirtschafts- und Finanzinstitutionen.

3.4.1 Arbeitnehmergrundrechte

Die Annahme der Erklärung über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit 1998 und der Agenda für menschenwürdige Arbeit 1999 durch die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) waren wichtige Meilensteine für die Arbeitnehmerrechte und die Förderung qualitativ hochwertiger Beschäftigungsverhältnisse.

Die Unterstützung der IAO-Erklärung reicht jedoch nicht aus, um die Gefahr einer permanenten Verschlechterung der Beschäftigungsbedingungen zu vermeiden. Besondere Anstrengungen sind notwendig, um sicherzustellen, dass die in der Erklärung enthaltenen Grundrechte allen Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit, der wirtschaftlichen Lage der Länder und der Ratifizierung der einzelnen Übereinkommen durch das jeweilige Land zugute kommen¹. Vor allem Wanderarbeiter und -arbeitnehmerinnen müssen vor Diskriminierung in der Gesetzgebung und in der täglichen Praxis geschützt werden.

Der IMB und seine Mitgliedsorganisationen werden auch weiterhin auf nationaler und internationaler Ebene Aktionen unterstützen für:

- die Ausarbeitung und Annahme einer Arbeitsgesetzgebung, die die IAO-Übereinkommen umsetzt, durch alle nationalen Regierungen;
- die Aufnahme der international anerkannten Kernarbeitsnormen, einschließlich des Vereinigungsrechtes und des Rechtes zu Kollektivverhandlungen, in Handels- und Investitionsabkommen;
- deren Annahme als systemweite Grundsätze, politische Leitlinien und Regeln aller multilateralen Institutionen, vor allem der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds und der Welthandelsorganisation.

Regulierung und Tarifverhandlungen sind die wichtigsten Instrumente, um sicherzustellen, dass die Arbeitgeber ihrer sozialen Verantwortung in einer globalen Wirtschaft nachkommen; dazu müssen die Auswirkungen der Unternehmensaktivitäten auf die sozialen Gegebenheiten, die Umwelt und die Menschenrechte gehören.

Der IMB wird sich in seinen Bildungsprogrammen und seinem Werbematerial auch weiterhin für die Förderung seiner Ziele im Bereich der grundlegenden Arbeitsnormen einsetzen.

3.4.2 Eine neue internationale Architektur

Die gegenwärtige Schwäche der globalen Institutionen ist eindeutig. Während die neue internationale Architektur, die unter anderem von der Gewerkschaftsbewegung gefordert wird, noch längst nicht errichtet ist, zeigt

¹ Zu diesen IAO-Übereinkommen gehören:

- Die Vereinigungsfreiheit und der Schutz des Vereinigungsrechtes (Übereinkommen Nr. 87)
- Das Recht zu Kollektivverhandlungen (Nr. 98)
- Die Abschaffung der Zwangsarbeit (Nr. 29 und 105)
- Die Mindestalter und die schlimmsten Formen der Kinderarbeit (Nr. 138 und 182) und
- Die Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf (Nr. 111) und die Gleichheit des Entgelts (Nr. 100)

das multilaterale System die Schwäche, die sich aus seinen strukturellen Ungleichgewichten ergibt. Finanz- und Handelsinstitutionen dominieren, während diejenigen, die sich mit Entwicklung, Umwelt, sozialen Belangen und Arbeitnehmern befassen, nur eine geringe Rolle spielen. Wenn Frieden und Gerechtigkeit für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und alle Staatsbürger und -bürgerinnen erreicht werden sollen, muss es international vereinbarte demokratische Regeln und starke, legitimierte Institutionen geben, die diese herbeiführen. Dazu müssen alle Organisationen des multilateralen Systems transparent handeln und ihren Mitgliedern rechenschaftspflichtig sein und sich für echte Entwicklungsziele einsetzen, die den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen und Menschen weltweit zugute kommen. Das gesamte System muss politisch kohärent sein, und es muss ständig genau überprüft werden, ob sich die Regierungen der Mitgliedsländer daran halten.

Der Bericht der IAO-Weltkommission für die soziale Dimension der Globalisierung bietet der IAO eine wichtige Gelegenheit, bei der Demokratisierung der globalen Institutionen eine führende Rolle zu übernehmen. Der Bericht prangert die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichgewichte an, die ethisch untragbar und politisch unhaltbar sind, und macht den Zusammenhang zwischen fairen Arbeitsbedingungen und einer nachhaltigen Entwicklung deutlich. Der Bericht der Kommission unterstreicht, dass menschenwürdige Arbeit eine globale Zielsetzung sein muss, die durch eine kohärente Politik innerhalb des multilateralen Systems verfolgt werden muss. Der IMB wird zusammen mit seinen Mitgliedsorganisationen Initiativen der IAO unterstützen, die sich mit der Investitions-, Entwicklungs- und Beschäftigungspolitik der internationalen Finanzinstitutionen, der UNCTAD und der WTO befassen.

Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen müssen mobilisiert werden, damit die Gewerkschaften bei dem unerlässlichen Prozess der demokratischen Reform des multilateralen Systems eine führende Rolle spielen können. Der IMB wird gemeinsam mit seinen Mitgliedsorganisationen weiterhin Kampagnen auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene durchführen und einen integrierten Ansatz zu Entwicklungsfragen sowie neue Regulierungs- und Mitbestimmungsmechanismen in den globalen Institutionen fordern. Die Reform der globalen Institutionen muss sicherstellen, dass

- ihre Regeln und Grundsätze politische Leitlinien enthalten, die auf eine nachhaltige Entwicklung ausgerichtet sind;
- die Transparenz ihrer Verfahrensweisen und die demokratische Anhörung repräsentativer sozialer Akteure und Bewegungen Hauptaspekte bei der Formulierung einer Politik sind;
- die Internationale Arbeitsorganisation bei der globalen Regierungsführung eine Schlüsselrolle erhält und ihre Auffassungen bei der Entscheidungsbildung und beim Konfliktbeilegungsprozess der Organisationen des multilateralen Systems, besonders der Handels- und Finanzinstitutionen, berücksichtigt werden;
- Umwelt-, Arbeits- und Sozialnormen in internationale Abkommen aufgenommen werden;

- demokratische Rechte, Rechenschaftspflicht, partizipatorische Demokratie und Menschen- und Arbeitnehmerrechte ein systemweites Regelwerk für die Formulierung und Umsetzung der Politik aller multilateralen Institutionen darstellen.

3.4.3 Wirtschafts-, Finanz- und Handelspolitik zum Wohle der Menschen weltweit

Die restriktive Wirtschafts- und Finanzpolitik, die von den nationalen Regierungen verfolgt und vom Internationalen Währungsfonds und von der Weltbank unterstützt wird, kommt nicht den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen zugute und wirkt sich weltweit nachteilig auf die nachhaltige Entwicklung aus.

Der IMB hat eingehend ein alternatives Wirtschaftskonzept erörtert, das Wachstum, soziales Wohlergehen und Beschäftigung statt restriktive Geldpolitik und ausgeglichene Haushalte in den Vordergrund stellt.

Höhepunkt dieses Prozesses war das Papier „*IMB-Strategien für eine alternative Globalisierung*“, das auf der Tagung des Zentralkomitees des IMB im Dezember 2003 vorgelegt wurde und das Strategien für die Durchführung eines alternativen Wirtschaftsprogramms vorschlägt. Es befasst sich mit Maßnahmen, die der IMB auf globaler und regionaler Ebene ergreifen muss, und mit der Verantwortung, die die IMB-Mitgliedsorganisationen auf nationaler Ebene übernehmen müssen.

Um unsere Zielsetzungen zu erreichen, benötigen wir einen neuen Ansatz und eine schlüssige Gesamtstrategie, die in enger Zusammenarbeit mit anderen Organisationen der internationalen Gewerkschaftsbewegung und mit sozialen Bewegungen, die unsere demokratischen Grundwerte und Ziele teilen, umgesetzt werden müssen. Menschen- und Arbeitnehmerrechte und eine partizipatorische Demokratie sind unabdingbare Bestandteile eines Programms, das Wachstum und Entwicklung in gerechter und nachhaltiger Weise ermöglichen soll. Ein solches Konzept muss auf vier Säulen beruhen:

- *Schaffung von Arbeitsplätzen und Kaufkraft*
- *Schuldenerlass und Entwicklungshilfe*
- *Regulierung der Kapitalbewegungen*
- *Reform der globalen Institutionen*

Die Durchführung von Alternativen zu einer markt- und unternehmensgesteuerten Globalisierung erfordert die Mobilisierung unserer Kräfte im Zusammengehen mit der internationalen Gewerkschaftsbewegung und verbündeten Organisationen der Zivilgesellschaft. Zu den Strategien und Taktiken muss gehören:

- *Ein direktes Herantreten an transnationale Unternehmen*, wobei Tarifverhandlungen die entscheidende Rolle spielen müssen. Der IMB hat gemeinsam mit anderen globalen Gewerkschaftsföderationen eine besondere Verantwortung dafür, zu verhindern, dass Initiativen der transnationalen Unternehmen im Bereich der „sozialen Verantwortung der Unternehmen“ – die meistens nur kosmetischer Natur sind – bestehende verbindliche Regeln unterminieren. Tarifverhandlungen, insbesondere die Aushandlung internationaler Rahmenvereinbarungen, bleiben der wirksamste Weg, Arbeitnehmerrechte und die Berücksichtigung sozial- und umweltpolitischer Anliegen sicherzustellen.
- *Mobilisierung für eine effektive Lobbyarbeit*. Wenn Lobbyarbeit effektiv sein soll, muss sie nach einer Mobilisierung und in Verbindung mit der Bildung von Bündnissen erfolgen. Die Geschlossenheit der Gewerkschaftsbewegung und die Bedeutung von Tarifverhandlungen muss unterstrichen werden. Unsere Taktik muss die nationale, regionale und globale Ebene gleichermaßen umfassen, wobei sich die internationalen Gewerkschaftsorganisationen und verbündeten Sozialbewegungen gegenseitig unterstützen müssen.
- *Die nationalen Mitgliedsorganisationen müssen eine Schlüsselrolle spielen*, indem sie vor allen in ihren eigenen Ländern je nach den dort herrschenden Bedingungen Alternativen formulieren und fördern. Ihre wichtigste Aufgabe besteht darin, konkrete Maßnahmen zu erarbeiten, die von einer Kritik der neoliberalen Globalisierung zur Durchsetzung von Alternativen führen, die die Regierungen zur Umsetzung der oben genannten Politik veranlassen. Die IMB-Mitgliedsorganisationen sollten mit den nationalen Gewerkschaftsbünden eng zusammenarbeiten. Länderspezifische Mobilisierungspläne sollten Maßnahmen von nationaler Priorität, die Feststellung potenzieller Verbündeter, Informationen für Gewerkschaftsmitglieder und ihre Mobilisierung sowie die Bildung von Bündnissen umfassen.
- *Die Hauptaufgabe des IMB-Sekretariats* wird es sein, die Mitgliedsorganisationen zu unterstützen und mit dem IBFG und anderen globalen Gewerkschaftsföderationen zusammenzuarbeiten. Eine der Prioritäten wird es sein, die Positionen der globalen Gewerkschaftsföderationen zur Globalisierung zu vereinheitlichen und sicherzustellen, dass die internationale Gewerkschaftsbewegung der Mobilisierung und der Bildung von Bündnissen absolute Priorität einräumt. Aus diesem Grunde ist es unbedingt erforderlich, dass der IMB und gleich gesinnte globale Gewerkschaftsföderationen konkrete Vorschläge für eine Mobilisierung auf globaler Ebene und für gemeinsame Aktivitäten mit ausgewählten Sozialbewegungen machen.
- *Der IMB wird sich bemühen, über seine Regionalstrukturen Einfluss auf Wirtschaftsabkommen zu nehmen*, die auf regionaler Ebene, zwischen Regionen oder Ländern ausgehandelt werden. Geeignete Bildungsmaßnahmen und Aktivitäten zur Schaffung von Bündnissen

müssen mit Unterstützung der IMB-Regionalbüros oder des IMB-Sekretariats unternommen werden.

- *Auf weltweiter Ebene* wird es eine wichtige Aufgabe des IMB sein, mit anderen globalen Gewerkschaftsföderationen beim Umgang mit transnationalen Unternehmen zusammenzuarbeiten, um diese in einen sozialen Dialog einzubinden und internationale Rahmenvereinbarungen auszuhandeln, zu überwachen und umzusetzen.

Der IMB wird sich gemeinsam mit seinen Mitgliedsorganisationen und in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen dafür einsetzen, dass die oben angeführte Politik auf allen Ebenen auf kohärente Weise umgesetzt wird. Angesichts der Politik der transnationalen Unternehmen und ihrer Verbündeten auf Regierungsebene, die dazu führt, dass Metallarbeiter und -arbeiterinnen gegeneinander ausgespielt werden und die Beschäftigungssicherheit aller unterminiert wird, ist eine neue Solidarität erforderlich. Der IMB wird sich gemeinsam mit seinen Mitgliedsorganisationen für einen Dialog und die Suche nach Lösungen einsetzen, vor allem bei wichtigen Handelsfragen.

Der Handel allein wird kein Wirtschaftswachstum und keine nachhaltige Entwicklung schaffen, kann aber dazu beitragen.

Um dies zu erreichen, ist eine expansive Wirtschaftspolitik notwendig. Die Handelspolitik und die exportorientierten Rezepte, die von den internationalen Finanzinstitutionen befürwortet werden und die dem Großteil der Menschen in den Entwicklungsländern nicht zugute gekommen sind, müssen dringend auf echte und kohärente Entwicklungsziele neu ausgerichtet werden.

Solange bei Aushandlungen von Handels- und Investitionsabkommen die Bedürfnisse der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen noch nicht berücksichtigt werden, sollten sich der IMB und seine Mitgliedsorganisationen gegen weitere bilaterale, regionale und multilaterale Handelsverhandlungen aussprechen, bei denen die Interessen der Unternehmen und ihrer Verbündeten auf Kosten der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und der Staatsbürger und Staatsbürgerinnen gefördert werden.

Die Handelspolitik muss auch Vorkehrungen für eine effektive, besondere und unterschiedliche Behandlung der Entwicklungsländer treffen und den Zugang zu den Märkten in den Industrieländern verbessern. Internationale und regionale Handelsabkommen müssen multinationale Umweltabkommen untergeordnet sein und die menschlichen Grundbedürfnisse und Grundrechte auf Nahrung, Wasser, Gesundheit und Bildung durch den Schutz der lebensnotwendigen öffentlichen Dienste und des Rechtes der Regierungen auf Gestaltung ihrer eigenen Wirtschaftspolitik gewährleisten. Handelsverzerrende Subventionen sollten abgeschafft werden. Sozialstandards, einschließlich der Kernarbeitsnormen, müssen in die Handelsregeln aufgenommen werden.

All dies ist ohne eine radikale Reform der WTO nicht möglich. Ihr undemokratischer Entscheidungsprozess muss geändert werden, wenn sie wirklich transparent und allumfassend werden soll. Die Ereignisse in den

letzten Jahren haben gezeigt, dass das demokratische Defizit dieser Organisation nicht nur ihre eigene Wirksamkeit unterminiert, sondern auch die Glaubwürdigkeit des gesamten multilateralen Systems. Während die Regierungen ihrer mächtigsten Mitgliedsländer nicht in der Lage oder nicht willens scheinen, gegen die Krise vorzugehen, ergreifen neue Akteure aus den Entwicklungsländern wichtige Initiativen. Sie konzentrieren sich zum einen auf die dringend notwendige demokratische Überprüfung der Regeln und der Praxis der Entscheidungsbildung und zum anderen auf Handelsfragen, die für eine nachhaltige Entwicklung von entscheidender Bedeutung sind, vor allem in der Landwirtschaft.

Der IMB wird gemeinsam mit seinen Mitgliedsorganisationen zu diesem Prozess beitragen, indem er einen Dialog, auch mit Gesprächspartnern in der Regierung, über die sozial-, beschäftigungs- und entwicklungspolitischen Auswirkungen des Handels fördert. Die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen müssen für diesen Kampf für die Demokratie mobilisiert werden, als erstes auf nationaler Ebene.

Der IMB wird seine Mitgliedsorganisationen bei diesen Bemühungen unterstützen und sich gemeinsam mit anderen internationalen Gewerkschaftsorganisationen und fortschrittlichen Organisationen für die Erreichung der oben genannten Ziele einsetzen.